

**Christoph Boyer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden und Privatdozent für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der TU Dresden.**

**Oldenbourg**

Christoph Boyer  
Nationale Kontrahenten oder Partner?

Quellen und Darstellungen zur  
Zeitgeschichte  
Herausgegeben vom Institut für  
Zeitgeschichte

Band 42

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Christoph Boyer

---

# Nationale Kontrahenten oder Partner?

Studien zu den Beziehungen zwischen  
Tschechen und Deutschen  
in der Wirtschaft der ČSR (1918-1938)

•

R. Oldenbourg Verlag München 1999

Das diesem Buch zugrunde liegende Vorhaben noch mit Mitteln des Bundesministers für Forschung und Technologie unter dem Förderkennzeichen KGS 2610 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Boyer Christoph:**

Nationale Kontrahenten oder Partner? : Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918–1938) / Christoph Boyer. – München : Oldenbourg, 1999 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte ; Bd. 42)  
Zugl.: Dresden, Techn. Univ., Habil.-Schr., 1996 u. d. T.: Boyer Christoph: Zwischen „Tschechisierung“ und „Selbstbehauptung“  
ISBN 3-486-56237-1

© 1999 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München  
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München  
Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf  
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).  
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56237-1

# Inhalt

Vorwort .....	VII
Einleitung .....	1
Fragestellung und Eingrenzung des Themas .....	1
Stand der Forschung .....	10
Quellen.....	18
Grundlagen .....	21
A. Tschechen und Deutsche in den Wirtschaftsorganisationen der Ersten Tschechoslowakischen Republik.....	29
I. Nationale Fraktionierung, Konkurrenz, Kooperation: Das Industriever- bandswesen.....	31
1. Vorgeschichte, Gründung, Auf- und Ausbau.....	31
a) Der Zentralverband der tschechoslowakischen Industriellen (ÚSČP)	31
b) Der Deutsche Hauptverband der Industrie (DHI).....	37
2. Der Zentralverband, der Hauptverband und die tschechoslowakische Wirtschaftspolitik (1918–1922) .....	49
a) Selbstverständnis, Schauplätze, Handlungsspielräume .....	49
b) Bundesgenossen, Konkurrenten, Ansprechpartner .....	57
c) Forderungen und Aktivitäten.....	66
3. Der Beitritt des Hauptverbands zum Zentralverband (1928).....	87
4. Kooperation während der Weltwirtschaftskrise (1929–1932).....	102
5. Die Politik – ein Keil zwischen den Verbänden? SHF/SdP, Hauptver- band und Zentralverband (1933–1934) .....	111
6. Die Politik – kein Keil zwischen den Verbänden. SdP, Hauptverband und Zentralverband (1935–1937).....	119
7. Die Politik – ein Keil zwischen den Verbänden. SdP, Hauptverband und Zentralverband (1938).....	134
8. Der Hauptverband nach der Annexion des Sudetenlandes (1938/39) ...	168
II. Nationale Quotierung, Konkurrenz, Kooperation: Die Handels- und Gewerbekammern.....	173
1. Die Kammern in der Habsburger Monarchie .....	173
2. Die Verwaltungskommissionen.....	175
a) Allgemeine Entwicklungstrends .....	175
b) Kammer Prag .....	183

c) Kammer Brünn .....	188
d) Kammer Pilsen.....	196
e) Kammer Eger .....	207
f) Die Kammerzentrale .....	215
g) Die Kammern im Vergleich.....	221
3. Die Kammerreform .....	238
a) Organisationsstatut und Wahlrecht .....	238
b) Kammerbezirkseinteilung.....	250
III. Überblick .....	269
B. Tschechen und Deutsche in den Industrieunternehmen der Ersten Tschechoslowakischen Republik .....	275
I. „Nationale Verhältnisse“, Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik: Nachkriegsanomalien und nationalwirtschaftliche Bestrebungen (1918–1922) .	277
II. Der „Ausweisungskrieg“, das Arbeitsmarktabkommen mit dem Reich und seine Durchführung (1923–1924) .....	295
III. „Nationale Verhältnisse“ und Staatssicherheit: Das Arbeitmarktschutzgesetz von 1928 und die Übereinkunft mit Deutschland (1924–1929) .....	307
IV. Weltwirtschaftskrise und Arbeitsmarktkrise (1929–1932) .....	329
V. Die Machtergreifung in Deutschland und ihre Folgen (1933–1936) .....	337
VI. Das Staatsverteidigungsgesetz, die „nationale Zuverlässigkeit“ und die Folgen (1936–1938) .....	351
VII. Überblick .....	389
Schluß und Ausblick .....	393
Quellen.....	397
Archivalische Quellen .....	397
Gedruckte Quellen .....	400
Literatur .....	403
Zeitgenössische Literatur .....	403
Forschungsliteratur.....	409
Periodika .....	418
Biographischer Anhang .....	421
Abkürzungen.....	431
Register .....	437

# Vorwort

Die vorliegende Studie ist im Rahmen eines Forschungsprojekts des Instituts für Zeitgeschichte zum Thema der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit entstanden. Das Vorhaben wurde im Zeichen der Wiederverdichtung der Beziehungen zwischen beiden Völkern nach der „Samtenen Revolution“ im Jahr 1990 begonnen und im Herbst 1994 abgeschlossen. Ich habe in diesem Projekt im Geist des „praktischen Bilateralismus“ mit Jaroslav Kučera kooperiert, der für die Zeitspanne von drei Jahren seinen Arbeitsplatz im Institut für mittel- und osteuropäische Geschichte der Prager Akademie der Wissenschaften mit einer Stelle als Gastwissenschaftler in München getauscht hat.

Meine Studie über Aspekte des Nationalitätenkonflikts in der Wirtschaft der Ersten Tschechoslowakischen Republik und die Untersuchung meines Kollegen über die Sprachenpolitik verbindet ein gemeinsames Anliegen: Wir wollten *sine ira et studio* einen Beitrag leisten zur Überprüfung des vielerorts noch virulenten Vorwurfs, die Deutschen in der ČSR seien der durchgängigen brutalen Unterdrückung seitens eines rabiaten tschechischen Chauvinismus ausgesetzt gewesen. Ebenso sollte aber auch das entgegengesetzte Extrem – der Topos von der Tschechoslowakei als einem nationalitätenpolitischen „Musterknaben“ – kritisch durchleuchtet werden. Wir haben uns also um ein differenziertes, vielfältig facettiertes Bild der Gemengelage von Mit- und Gegeneinander bemüht und zu zeigen versucht, daß ungeachtet der Imprägnierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Ersten Republik durch den Nationalitätenstreit das Zusammenleben von Tschechen und Deutschen über weite Strecken hin geradezu als undramatische Alltagsrealität bezeichnet werden kann. Schon durch die Wahl der beiden Themenfelder „Wirtschaft“ und „Sprachenpolitik“ sollte verdeutlicht werden, in wie unterschiedlichen Mischungsverhältnissen Konflikt und Kooperation in verschiedenen Lebenswelten der Ersten Republik anzutreffen waren. Für nähere Erläuterungen verweisen wir auf die beiden Arbeiten.

Haben wir auch Themenfelder in Angriff genommen, denen die wissenschaftliche Literatur bislang noch kein sonderlich eingehendes Augenmerk gewidmet hat, so konnten wir doch hinsichtlich der politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen und Hintergründe unserer Problematik in großem Umfang auf die Forschungsergebnisse einer lebendigen Bohemistik zurückgreifen. Vor allem aber waren wir in der günstigen Lage, uns auf einen umfangreichen Fundus seit 1989 zugänglicher, in der Regel überhaupt zum ersten Mal ausgewerteter Quellen aus den Archiven der Tschechoslowakischen, dann Tschechischen Republik stützen zu können. Intensives Augenmerk haben wir auch den Quellen aus deutschen und österreichischen Archiven gewidmet, so daß sich eine recht instruktive Mehrfachperspektive ergab, die der Sicht aus einem national verengten Blickwinkel vielleicht nicht ganz den Riegel vorgeschoben hat, aber doch geeignet war, einseitige und verzerrte Interpretationen zurechtzurücken.

Danksagungen sind an dieser Stelle obligatorisch; sie sind uns aber weit mehr als lediglich eine lästige Pflicht. Zuallererst gilt unser Dank Professor Ludolf Herbst: Er hat während seiner Amtszeit als stellvertretender Direktor des Instituts für Zeitgeschichte und in seiner Eigenschaft als Mitglied der deutsch-tschechoslowakischen, später deutsch-tschechischen Historikerkommission das Projekt angeregt, im Grundkonzept

vor-, in der Ausarbeitung mitgedacht, energisch am organisatorischen und finanziellen Unterbau des Forschungsvorhabens gearbeitet und unsere Aktivitäten auch nach seinem Überwechseln an die Humboldt-Universität stets mit regem Interesse begleitet. Ludolf Herbst ist der Vater der Idee des „praktischen Bilateralismus“. Die Historikerkommission unter dem Vorsitz von Professor Jan Křen und Professor Rudolf Vierhaus hat das Vorhaben gutachtlich befürwortet, mit ihrer Unterstützung und mit vielfältigen Anregungen begleitet und sich über die Zwischen- wie die Endergebnisse unterrichten lassen. Im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie war Ministerialrat Dr. Döll, Mitglied im Stiftungsrat des Instituts für Zeitgeschichte, der Katalysator, dem maßgeblich die Finanzierung des Projekts durch das Ministerium für eine Laufzeit von drei Jahren zu verdanken ist. Im Institut für Zeitgeschichte gilt unser Dank insbesondere Professor Udo Wengst, der das Projekt nach dem Weggang von Professor Herbst geleitet hat. Seine – oft undankbare – Aufgabe war es in erster Linie, durch unsere gestrüppartigen Manuskriptentwürfe Pfade und Schneisen zu schlagen, hier zu glätten, da zu präzisieren, dort zu kupieren. Er hat viel für die Lesbarkeit und argumentative Stringenz unserer Texte getan. Profitiert haben wir im Institutsalltag „über den Flur hinweg“ von den Anregungen Klaus-Dietmar Henkes, Hans Wollers und Norbert Freis. Die bekannt unbürokratisch-flexible Verwaltung des Instituts unter Leitung von Georg Maisinger hatte jederzeit ein offenes Ohr für unsere Bedürfnisse. Viel lästigen Kleinkram haben uns unsere Hilfskräfte Barbara Knoller, Katja Klee, Jaromir Dittmann-Balcar, Peter Helmberger und Witold Ulatowski abgenommen. Sie werden ihre in kleinen Alltagsportionen verabreichten Anregungen und Verbesserungsvorschläge auf den folgenden Seiten wiederfinden. Ebendies gilt für zahlreiche Kolleginnen und Kollegen in verschiedenen Instituten, Universitäten und Archiven: Professor Ferdinand Seibt, Eva Hahn, Peter Heumos, Michaela Marek und Robert Luft vom Münchner Collegium Carolinum, Vlastislav Lacina und Zdeněk Sládek vom Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften der Tschechoslowakischen bzw. der Tschechischen Republik sowie Professor Jaroslav Pátek, Drahomír Jančík und Ivan Jakubec vom Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Karls-Universität Prag. Zu besonderem Dank bin ich Eduard Kubů verpflichtet, der den Text von der ersten bis zur letzten Zeile akribisch gelesen, mit zahlreichen Anmerkungen versehen und zu Interpretation und Einordnung der Befunde Wesentliches beigetragen hat. Jiří Novotný und Jiří Šouša haben jederzeit bereitwillig aus dem Schatz ihres stupenden Wissens über die Wirtschaftsgeschichte der Ersten Republik ausgeteilt. Professor Alice Teichova und Professor Mikuláš Teich haben meine Arbeit mit Interesse verfolgt und mit großem Gewinn für mich kommentiert. Das Manuskript ist im Sommersemester 1996 von der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden als Habilitationsschrift angenommen worden. Den – anonymen – Gutachtern schulde ich eine Reihe instruktiver weiterführender Hinweise. Leider nicht anders als summarisch danken können wir den Archivarinnen und Archivaren in gut zwanzig Archiven.

Die beiden hier vorgelegten Untersuchungen konnten lediglich Schneisen schlagen. Es gibt noch viel zu tun – gerade unsere vielfach lückenhaften und unabgerundeten ersten Resultate zeigen dies. Einen vielversprechenden Anfang macht die im Rahmen des Projekts entstandene Magisterarbeit Jaromir Dittmann-Balcars über Aspekte der tschechoslowakischen Bodenreform. Wir wollen in bewährter Kooperation an den derzeit sich unverkennbar belebenden Forschungsaktivitäten weiter teilnehmen.

# Einleitung

## Fragestellung und Eingrenzung des Themas

Einem Diktum des langjährigen tschechoslowakischen Außenministers und nachmaligen Staatspräsidenten Edvard Beneš zufolge waren die Westmächte zwar die politischen Freunde der Tschechoslowakei, Deutschland aber war ihr Nachbar. Gemeint war damit nicht nur die Tatsache, daß die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik in besonderer Weise auf das Reich Rücksicht nehmen mußte, sondern auch, daß die tschechoslowakische Wirtschaft in vielfältiger Hinsicht von der deutschen Wirtschaft abhängig und auf enge Kooperation mit dieser angewiesen war.

Das Streben nach der Ergänzung der 1918 errungenen politischen Selbständigkeit durch die ökonomische war eine Konstante in der Geschichte der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Diese war charakterisiert durch ein mittleres industrielles Entwicklungsniveau bei überaus starker Abhängigkeit vom Export und mußte deshalb neben den produktiven Auswirkungen der Wirtschaftsbeziehungen zum Reich immer auch die Gefahren für ihre politische Handlungsfreiheit im Blick behalten, die aus der ökonomischen Potenz der Deutschen resultierten. Weil die ČSR eine wirtschaftliche Vereinnahmung als Vorstufe einer politischen Hegemonie des Reiches fürchtete, waren die Wirtschaftsbeziehungen über weite Strecken hinweg stärker von Konflikt als von Kooperation geprägt. Dies galt zum einen für die bilateralen Handelsbeziehungen. Diese wiesen zwar die für die ökonomische Verflechtung zwischen entwickelten Industrieländern charakteristischen Züge auf, denn der Warenaustausch umfaßte, vernachlässigt man die Details der Zusammensetzung, in beiden Richtungen neben Rohstoffen auch Halbfertig- und Fertigwaren. Die kardinale Bedeutung Deutschlands für die Ökonomie der ČSR wird darin deutlich, daß das Reich in den zwanziger Jahren nach Wert und Menge in der Liste der tschechoslowakischen Außenhandelspartner an der Spitze stand. Umgekehrt war für die deutsche Wirtschaft der Export in die Tschechoslowakei zwar keine zu vernachlässigende Größe – aber eben doch nur eine unter anderen. Ein in diesem Zusammenhang ins Gewicht fallender Umstand war zudem die verkehrsgeographische Abhängigkeit der ČSR, deren Transithandel zum größten Teil über die Elbe und die deutschen Nordseehäfen geleitet wurde.

Aus tschechischer Perspektive nahm sich aber nicht nur die wirtschaftliche Macht des übermächtigen Nachbarn bedrohlich aus; bedenklich erschien auch der beträchtliche Einfluß der Deutschen in der tschechoslowakischen Volkswirtschaft selbst. Dieser setzte sich aus zwei Komponenten zusammen: der Wirtschaft der deutschen Volksgruppe sowie einer Reihe von Niederlassungen bzw. Kapitalbeteiligungen reichsdeutscher Unternehmen. Das in der Habsburger Monarchie begründete, gemessen am Bevölkerungsanteil weit überproportionale ökonomische Gewicht der deutschen Volksgruppe, geschuldet zu einem guten Teil ihrer Vorzugsstellung als „Staatsnation“ vor 1918, nahm sich zumindest in der Statistik imposant aus: Mitte der zwanziger Jahre waren beispiels-

weise nur ein Sechstel der Montanindustrie, ein Achtel der Textilindustrie und ein Fünftel der Glas-, Porzellan- und Keramikindustrie der Republik in tschechischen Händen. In qualitativer Hinsicht handelte es sich hierbei allerdings zum großen Teil um vergleichsweise rückständige Betriebe in den – in industriegeschichtlicher Perspektive – „alten“ Branchen der Leichtindustrie wie eben der Textil-, Glas-, Porzellan- oder etwa auch der Schmuck- und Bijouterieproduktion. Wegen ihrer einseitigen Exportorientierung waren diese Zweige zudem in hohem Maße krisenanfällig. Trotzdem erschien die starke wirtschaftliche Stellung der deutschen Volksgruppe in tschechischen Augen anstößig. Maßgeblich war hier zum einen der Gesichtspunkt der „Wiedergutmachung“ für die vor 1918 erlittenen Zurücksetzungen. Zum anderen gelang es den Deutschen in der Ersten Republik, die ihrem offiziellen Selbstverständnis zufolge bekanntlich kein Nationalitätenstaat, sondern ein Nationalstaat „tschechoslowakischer Identität“ war, nie, den Ruch „unsicherer Kantonalisten“ abzustreifen. Bekundeten die deutschen aktivistischen Parteien spätestens in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre mittels ihrer Beteiligung an der Regierung auch eine konstruktive Haltung zum Staat, so erschienen in den dreißiger Jahren, insbesondere deren zweiter Hälfte, die Deutschen angesichts ihrer zunehmenden Hinwendung zum Nationalsozialismus unter den länger werdenden Schatten des Reiches als potentielle „Fünfte Kolonne“ wieder doppelt suspekt.

Der ebenfalls in der Vorkriegszeit etablierte Einfluß von Tochterunternehmen reichsdeutscher Firmen hingegen läßt sich in erster Linie in den modernen industriellen Schlüsselbranchen wie der Elektrotechnik, der Metallverarbeitung und der Chemie lokalisieren. Ein statistisch untermauertes Bild der reichsdeutschen Investitionen in der Tschechoslowakei zu zeichnen ist allerdings so gut wie unmöglich, da diese Verbindungen, welche die politische Anlehnung der Tschechoslowakei an die Westmächte konterkarierten, in vielen Fällen nicht publik gemacht wurden (während etwa französische, britische oder amerikanische Kapitalbeteiligungen der Staatsräson der Tschechoslowakei, welche ihre Entstehung bekanntlich dem System von Versailles und der engen Anlehnung an die Westmächte verdankte, nicht zuwiderliefen). Die häufig anzutreffende Abhängigkeit von reichsdeutschen Fachleuten, Patenten und Lizenzen wurde als unvereinbar mit der Identität des neuen Staates, ja als durchaus bedrohlich empfunden. Nicht zuletzt stellte sich auch aus dem Blickwinkel der Staatsverteidigung die Abhängigkeit der ČSR von deutschem Know-How in der Rüstungswirtschaft und in rüstungsnahen Branchen als heikel dar. Beide Problemkreise überlagerten sich, da an der Wirtschaft der deutschen Volksgruppe in größerem Ausmaß auch die reichsdeutsche beteiligt war.

Generalthema der vorliegenden Studie ist das Ringen zwischen Deutschen und Tschechen um den nationalen Besitzstand und um ökonomische Einflußsphären auf dem Terrain der Ersten Republik, das sich aus dieser Konstellation ergab. Der Konflikt war, mit unterschiedlicher Intensität, die gesamte zwanzigjährige Lebensdauer der Ersten Republik von ihrer Gründung im Oktober 1918 bis zum Münchner Diktat im September 1938 virulent und drückte dem wirtschaftlichen und politischen Leben in diesem Staat einen überaus markanten Stempel auf. Die tschechische „Nationalisierungspolitik“ zielte ungeachtet des unterschiedlichen Stellenwerts und Gewichts der reichsdeutschen Unternehmen und der Wirtschaft der im Lande ansässigen Deutschen auf beide. Sie beinhaltete ein umfangreiches Bündel von Maßnahmen mit dem Ziel der Erlangung bzw. Ausdehnung der finanziellen bzw. administrativen Kontrolle über die deutsche Wirtschaft der Republik und der Stärkung der Position der tschechischen Ökonomie

im Wettstreit mit, mancherorts auch auf Kosten der deutschen. Was die zeitgenössische deutsche Volkstumskampfrhetorik als „Tschechisierung“ oder – noch unfreundlicher – als „Vertschechung“ der deutschen Wirtschaft brandmarkte, stellte aus tschechischer Perspektive das unabdingbare ökonomische Komplement zur politischen Selbständigkeit dar: Es handelte sich um das Projekt der Formierung einer tschechoslowakischen „National-Ökonomie“ im emphatischen Sinn des Begriffs. Im Verein hiermit war die Korrektur der Vorkriegs-Kräfteverhältnisse anvisiert, die im wesentlichen, oft zu pauschal, als Ergebnis einer Habsburgischen, die „Staatsnation“ der Deutschen bevorzugenden „Germanisierungspolitik“ interpretiert wurden. Von zentraler Bedeutung ist hier ein weiterer Umstand: Die Zurückdämmung des deutschen Wirtschaftseinflusses in der ČSR war gleichbedeutend mit ihrer Herauslösung aus der Wirtschaftsgemeinschaft der früheren Monarchie. Die Erringung der nationalökonomischen Souveränität war nur die Kehrseite der „Entösterreicherung“, der Emanzipation vom alles beherrschenden alten Wirtschafts- und Finanzzentrum Wien.

Beide Seiten, die deutsche und die tschechische, waren sich der Einbettung dieser Auseinandersetzung in die Nationalitätenproblematik generell, mithin der engen Verflechtung von Politik und Ökonomie, bewußt. Das Bewußtsein, daß wirtschaftliches Stehvermögen und die Verfügungsmacht über ökonomische Ressourcen eine unerläßliche Vorbedingung für die Behauptung im „Volkstumskampf“ allgemein seien, war in beiden „Lagern“ – ein vergrößernder, Homogenität suggerierender, im folgenden zu entfaltender Begriff – jederzeit präsent. Hintergrund der „Nationalitätenfrage“ in der Ersten Republik war die Existenz einer starken deutschen Minderheit in einem Staat, dessen offizielle Identität nicht als multinational, sondern als „tschechoslowakisch“ definiert war. Basisdaten und Grundkonstellation dieses Konflikts sind, vor allem in der politischen Sphäre, relativ gut erforscht. Von der Wirtschaftsproblematik aus gesehen handelt es sich um Rahmenbedingungen; sie können nicht ausgebreitet, sondern nur in Anspielung zitiert werden.

Als Zeitrahmen der Untersuchung erschien allein die gesamte zwanzigjährige Lebensspanne der Ersten Tschechoslowakischen Republik sinnvoll. Zwar lassen sich in den beiden Jahrzehnten zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und „München“ unter dem Blickwinkel „Nationalität und Wirtschaft“ Zäsuren einfügen – durchwegs allerdings solche von sekundärer Bedeutung. Zumindest im Grundsatz – wenn auch keineswegs im einzelnen – blieb die Konfliktkonstellation über diese vergleichsweise lange Zeitspanne hinweg unverändert. Sie ist deshalb nur als Ganzes sinnvoll zu erfassen; wo erforderlich, müssen im Interesse der flächendeckenden Vermessung des weitgespannten Forschungsfeldes Abstriche hinsichtlich der Detailgenauigkeit in Kauf genommen werden.

Als „Konfliktparteien“ sind bereits mehrfach „Tschechen“ und „Deutsche“ benannt worden; die zentrale „Kampflinie“ ist die deutsch-tschechische. Die lange Reihe anderer Nationalitätenfragen und -konflikte in der Ersten Republik, welche bekanntlich – und nicht zu Unrecht – als verkleinertes Abbild des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaats galt, muß ausgeblendet bleiben; Slowaken und Ungarn sind in dieser Perspektive ein Randthema; die jüdischen Bürger der Republik kommen ins Blickfeld, insofern und insoweit sie als Tschechen oder Deutsche – manchmal auch als „tschechisch-jüdisch“ oder „deutsch-jüdisch“ – firmieren. Die plakative Unterscheidung nach „Deutschen“ und „Tschechen“ und die platt anmutende Gegenübersetzung beider ist eine eingangs

unverzichtbare Redeweise; die unumgängliche Auffächerung folgt im Verlauf der Untersuchung. Aus der Eingrenzung des Gegenstands ergibt sich als geographischer Schwerpunkt der böhmisch-mährisch-schlesische Westen der Republik unter Ausklammerung der Slowakei; in dieser besaß die deutsche Wirtschaft nicht im entferntesten die Bedeutung wie in den historischen Ländern der Wenzelskrone. Damit ist allerdings beileibe keine Regionalstudie über die deutschböhmisches Wirtschaft intendiert. Da das Thema der Untersuchung der Nationalitätenkampf an den Schnittflächen von Wirtschaft und Politik ist, befindet sich die Konfliktarena auf der Ebene der gesamtstaatlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozesse.

Einige Überlegungen zu den Begriffen „Wirtschaftsmacht“, „ökonomischer Einfluß“, speziell „nationaler ökonomischer Besitzstand“ und „deutsche“ versus „tschechische Wirtschaft“ sollen die hier untersuchte zentrale Konfliktdimension deutlicher kennzeichnen. Als Indikator für die genannten Größen hat die Forschung in der Regel bislang den „national zurechenbaren Kapitalstock“ herangezogen und sich in der Folge mit der Frage der Quantifizierung des „deutschen“ bzw. des „tschechischen Kapitalanteils“, in diesem Zusammenhang aber auch mit den bedeutenden Kapitalbeteiligungen dritter – vor allem westlicher – Staaten an der tschechoslowakischen Volkswirtschaft befaßt. Einschlägige Untersuchungen datieren bereits aus der Zwischenkriegszeit<sup>1</sup>; hinsichtlich der westlichen Kapitaleinflüsse in der Ersten Republik sind aus der neueren Forschung insbesondere die Untersuchungen Alice Teichovas<sup>2</sup> zu nennen.

Waren im letztgenannten Fall die Schwierigkeiten der Definition, Zurechenbarkeit, statistischen Erfassung und Quantifizierung westlichen Kapitals – auf der Grundlage der Staatsbürgerschaft der Kapitaleigner oder des Herkunftslandes des investierenden Unternehmens – ein zwar mühsames, letztlich aber zu bewältigendes Unterfangen, so erscheint die Causa des „deutschen Kapitals“ ungleich problematischer. „Reichsdeutsche Investitionen“ könnten immerhin noch Herkunftsland oder Staatsbürgerschaft zugeordnet werden; hier liegt die Wurzel des Übels dann aber in den oben angedeuteten statistischen Schwierigkeiten. Die Kernzone des Problems beginnt dort, wo „deutsch“ nicht mehr den Paß, sondern eine ethnische bzw. nationale Identität („Volkszugehörigkeit“) bezeichnet: bei den „eingeborenen“ Deutschen tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft. Das Problem der adäquaten Benennung dieser ethnischen Gruppe<sup>3</sup> ist nur unzureichend gelöst: Der Begriff „sudetendeutsch“ bezeichnet nur eine Teilmenge dieser Population und auch dies eher in den späteren „Lebensjahren“ der Republik; da der Zeitpunkt der Einbürgerung und der Verallgemeinerung des Begriffs unsicher ist, wird er, außer in Zitaten, im folgenden vermieden. Mutatis mutandis gelten die Einwände gegen den eher in den Anfangsjahren der Republik anzutreffenden Begriff „Deutschböhmern“. Exakter, aber zu sperrig sind die „Deutschen in Böhmen und Mähren“. Am ehesten vertretbar erschienen blasse Verlegenheitslösungen mit weitem, dann durch den

<sup>1</sup> Für die deutsche Seite einschlägig sind in erster Linie die Arbeiten von Franz Arens, für die tschechische die 1927/28 in mehreren Folgen der „Přítomnost“ publizierte Untersuchung „Wem gehört die tschechoslowakische Industrie?“ Vgl. Arens, Wirtschaftliche Machtstellung des Deutschtums. – Ders., Nationalwirtschaftliche Umschichtungen. – Ders., Einflußsphäre. – Hejda, Komu patří československý průmysl.

<sup>2</sup> Vgl. im Detail den Forschungsbericht.

<sup>3</sup> Vor allem Professor Mikuláš Teich hat mein Problembewußtsein hinsichtlich dieser terminologischen Fragen geschärft. Für Defizite der von mir vorgeschlagenen Lösungen bin trotzdem allein ich verantwortlich.

Kontext spezifizierten Begriffsumfang à la „die Deutschen im Lande“ oder die „einheimischen Deutschen“.

Eine Quantifizierung der Anteile der „deutschen“ und der „tschechischen Wirtschaft“ am Wirtschaftsleben der Ersten Republik erscheint aus mehreren Gründen schwierig, ja eigentlich unmöglich: Zum einen ist kontrovers, ob als Grundlage der Zuordnung eines Unternehmens – „deutsch“ oder „tschechisch“ – die Nationalität des Eigentümers, eventuell die der Aktionäre, des Managements, der Angestelltenschaft oder der Arbeiter dienen soll; die Nationalität dieser Personen oder Personengruppen ist keineswegs notwendig identisch. Die interne Verkehrssprache eines Unternehmens wäre ein handfesteres, aber nicht hinreichend komplexes Kriterium. Die Rede von der „Nationalität“ eines Unternehmers usw. setzt, zum zweiten, voraus, daß diese klar definiert werden kann. Anthropologie, Geschichtswissenschaft und Soziologie haben jedoch gezeigt, daß „Nationalität“ kein „natürliches“ oder „organisches“ Phänomen darstellt; es handelt sich vielmehr um ein soziales Konstrukt<sup>4</sup>, dessen Definition auf einem umfangreichen Set von Kriterien wie Sprache, „nationalen Gefühlen“ oder Loyalität gegenüber einer bestimmten historischen Tradition basieren kann. Hieraus ergibt sich, daß die „Selbstzuschreibung“ einer Nationalität wie auch ihre „Dingfestmachung“ mittels einer bürokratischen Prozedur – etwa im Rahmen von Volkszählungen – zu variierenden Resultaten führen kann. In der Ersten Republik war bezeichnenderweise ein Wechsel des Nationalitätenbekenntnisses möglich. Der diffuse Charakter des Konzepts kann besonders anschaulich am Beispiel der Nationalität der Juden in der ČSR veranschaulicht werden – einer Gruppe, die gerade in der Unternehmerschaft eine wichtige Rolle spielte. In administrativer Perspektive figurieren die Juden entweder als Deutsche oder als Tschechen. Weiterhin in Betracht zu ziehen sind Personen mit – aufgrund „kosmopolitischer“ Erziehung – sehr schwachen oder überhaupt keinen feststellbaren nationalen Loyalitäten, ein Persönlichkeitstypus, der sich vorzugsweise im Kreise industrieller Führerfiguren mit internationalen Interessen und einem supranationalen Horizont findet.

Die geradezu unüberwindlichen Schwierigkeiten einer Aufteilung des Kapitalstocks illustrieren bereits zeitgenössische Bemühungen um eine solche „nationale Sortierung“: Angesichts der höher schlagenden Wellen des Nationalitätenstreits und seines unvorteilhaften Echos im Ausland stellten in der Spätphase der Ersten Republik die Prager Ministerialen im Verein mit maßgeblichen Repräsentanten der Wirtschaft Überlegungen hinsichtlich einer quantitativen Erfassung der „wirtschaftlichen Besitzstände“ von Tschechen und Deutschen an, welche die tschechoslowakische Auslandspropaganda in den Stand setzen sollten, auf der internationalen Bühne dem Vorwurf einer Benachteiligung und Zurückdrängung der Deutschen entgegenzutreten. Im Verlauf dieser Arbeiten erwies sich, daß die Nationalität von Einzelunternehmern auf der Basis der Unternehmenszählung von 1930 nicht zu eruieren war: Die Sprache, in der der Fragebogen

<sup>4</sup> Aus der Flut einschlägiger Literatur in strengster Auswahl: Alter, Nationalismus. – Deutsch, Nation und Welt. – Ders., Nationenbildung – Nationalstaat – Integration. – Elias, Studien über die Deutschen. – Elwert, Fassaden. – Francis, Ethnos und Demos. – Gellner, Nationalismus und Moderne. – Heckmann, Ethnische Minderheiten. – Hobsbawm, Nationen und Nationalismus. – Hroch, Erwachen kleiner Nationen. – Jäggi, Nationalismus und ethnische Minderheiten. – Naschi, Funktionswandel von Ethnizität. – Seewann (Hrsg.), Minderheitenfragen. – Troebst, Ethnien und Nationalismen in Osteuropa. – Waldmann, Ethnoregionalismus und Nationalstaat. – Waldron, Theories of Nationalism and Historical Explanations. – Winkler (Hrsg.), Nationalismus.

ausgefüllt worden war, dürfe nicht als verlässlicher Hinweis auf diese gewertet werden. Die Unterlagen der Steuerbehörden waren nicht zureichend für ein Urteil über die Zusammensetzung des Kapitals von Einzelunternehmen und Personengesellschaften. Bei Kapitalgesellschaften hätten lediglich nominales Aktienkapital, Reservefonds und Namensaktien, nicht jedoch vollständig „das im Unternehmen investierte Kapital“ unter Einbeziehung der anonymen Aktien erfaßt werden können; außer acht geblieben wären auch die Kreditbeziehungen. Viele Aktiengesellschaften wiesen gemischt deutsche bzw. tschechische, daneben andersnationale Kapitalbeteiligung auf; in all diesen Fällen wären nur Schätzungen möglich gewesen. Eine verlässliche Antwort, so das Fazit, sei auf der Basis des vorliegenden Materials und ohne detaillierte neue Erhebungen nicht im entferntesten möglich.<sup>5</sup> Hinsichtlich der reichsdeutschen Investitionen spielt außerdem der bereits erwähnte Umstand eine Rolle, daß solche Engagements in vielen Fällen nicht offengelegt wurden.

Schwerer als diese Probleme der Methode und der Datenerhebung wiegt der Umstand, daß die Größe „Kapital“, wäre sie denn statistisch befriedigend erfaßbar und zudem eindeutig und vollständig national zurechenbar, vielleicht noch einen leidlich tauglichen Indikator für den „nationalen Besitzstand“ abgeben könnte. Die weitaus komplexere, zudem nach Wirtschaftssektoren und Branchen differenzierte Dimension der „Wirtschaftsmacht“ im Spektrum zwischen „strategischer Schlüsselstellung“ und „Randständigkeit“ könnte mit dieser Meßlatte jedoch nur sehr unzureichend erfaßt werden. Die Binnendifferenzierung der deutschen Wirtschaft in der ČSR – hie die vergleichsweise rückständige und krisenanfällige Leichtindustrie der im Lande ansässigen Deutschen, dort die vorzugsweise in „progressiven“ Schlüsselsektoren vertretenen reichsdeutschen Firmentöchter – ist hierfür die Probe aufs Exempel.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist deshalb eine andere Dimension wirtschaftlicher Macht, deren Bedeutung neben den „Kapitalverhältnissen“ bzw. komplementär zu diesen schon von den Zeitgenossen erkannt wurde und Gegenstand kontroverser Debatten war: die Wirtschaftsmacht von Personen und Organisationen. Mit dem zentralen Begriff der „Nationalwirtschaft als Personenverband“ ist das Netz informeller oder auch mehr oder weniger formal organisierter, in vielfältigen Formen rechtlich verfaßter Beziehungen zwischen Personen gleicher Nationalität gemeint, welche, auf der Grundlage einer selbst oder von außen zugeschriebenen ethnischen Identität und einer hierauf basierenden wechselseitigen „ethnischen Verbundenheit“, mit andersnationalen Personenverbänden konkurrierend, d. h. auf deren Kosten, durchaus aber auch kooperierend mit ihnen, wirtschaftliche und im Verein damit auch politische Macht handhaben bzw. nach deren Erhalt und Ausdehnung streben. „Macht“ ist im Anschluß an die klassische, weit gefaßte Definition Max Webers „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“.<sup>6</sup> Die Chancen der Machtausübung sind von den ökonomischen Ressourcen eines Verbands bzw. einer Personenkonfiguration – nicht zuletzt der von ihm bzw. ihr repräsentierten Kapitalmacht – zwar nicht abzulösen. Sie lassen sich aber auch nicht vollständig aus ihnen ableiten. Sie stellen vielmehr eine eigenstän-

<sup>5</sup> AMZV, Sektion III, Karton 619, Mappe 1, č.j. 17 435, Zentrale der tschechoslowakischen Handels- und Gewerbekammern an PMR, 26. 1. 1938.

<sup>6</sup> Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 28.

dige analytische Größe dar, in die beispielsweise die intellektuelle, technische, administrative und ökonomische Potenz der Mitglieder bzw. der Verbandsspitze, ihr politisches Stehvermögen, ihr taktisches Geschick und ihre Motivationsstärke eingehen. Hinzu kommen Effizienz und Durchschlagskraft der Organisation im gegebenen, in der Regel durch Verbandshandeln durchaus aber auch beeinflusst- und veränderbaren sozialen und politischen Kontext.

In der Ersten Tschechoslowakischen Republik begegnet eine Vielzahl solcher als „deutsch“ oder „tschechisch“ etikettierter Personengeflechte und organisatorischer Konfigurationen. Aus im einzelnen noch darzulegenden Gründen ist hier, ähnlich wie im Fall der Rubrizierung des Kapitalstocks, die Ab- und Eingrenzung verschwommen. Im Gegensatz zu dem äußerst diffusen Gebilde „deutsche“ bzw. „tschechische Wirtschaft“ sind diese Personen bzw. Konfigurationen aufgrund juristischer Merkmale oder institutioneller Strukturen zumindest einigermaßen präzise als „nationale Entitäten“ identifizierbar. Ungeachtet aller Grauzonen zwischen deutschen und tschechischen Wirtschaftsorganisationen deutet ja bereits das pure Faktum der Etikettierung darauf hin, daß diese Gebilde in den Köpfen der Zeitgenossen „national zugeordnet“ waren. Es handelt sich dabei – diese Behauptung wird einzulösen sein – in jedem Fall um genuine „nationale Fraktionierungen“, d. h. nicht um lediglich national „übertünchte“ Gegensätze zwischen divergierenden ökonomischen Interessen, etwa denen von Branchen, Kapitalfraktionen oder Regionen.

Eine Studie, die sich, wie die vorliegende, auf ein bislang kaum betretenes Terrain wagt, tut gut daran, sich zunächst an die am ehesten dingfest zu machenden, weil organisatorisch und rechtlich noch am weitesten „verfestigten“ Akteure zu halten. Im folgenden wird die Interaktion zwischen Tschechen und Deutschen in zwei Kernbereichen des Wirtschaftslebens herausgegriffen. In beiden Fällen ist der involvierte Personenkreis zahlenmäßig eher klein, seine gesamtwirtschaftliche bzw. -gesellschaftliche Bedeutung hingegen beträchtlich.

1. Im ersten Großkapitel wird die Nationalitätenproblematik im Organisationswesen der gewerblichen Wirtschaft der Ersten Republik, speziell auf dem Feld der Unternehmer- bzw. Arbeitgeberorganisationen untersucht. Analysiert wird zum einen – exemplarisch für die freie Verbandsorganisation – die Interaktion der beiden größten und wichtigsten nationalen Industrievereinigungen: des Zentralverbands der tschechoslowakischen Industrie (Ústřední svaz československých průmyslníků) und des Deutschen Hauptverbands der Industrie in der Tschechoslowakei. Zum anderen gehören in diesen Zusammenhang die Handels- und Gewerbekammern, in denen sich deutsche und tschechische Kammermitglieder als distinkte Fraktionen – der „tschechische“ bzw. der „deutsche Klub der Kammerräte“ – gegenübertraten. „Machtkonkurrenz“ hieße hier, daß ein Verband bzw. eine Fraktion, etwa mittels eines privilegierten Zugangs zu den Schaltstellen politischer Macht, Interessen gegen das Widerstreben bzw. auf Kosten der andersnationalen „Gegenseite“ durchzusetzen versucht.

Obwohl in beiden Fällen die Akteure einen vergleichsweise hohen Organisationsgrad aufwiesen, differiert die Geschichte der Beziehungen zwischen Zentralverband und Hauptverband nicht unwesentlich von der der deutsch-tschechischen Interaktion in den Kammern. Die Suche nach den Gründen hat die unterschiedlichen rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen in den Blick zu nehmen: Vergleichsweise

große Spielräume für privatrechtliche Vereinbarungen zwischen den Organisationen einerseits, Zwang zum Interessenausgleich im Gehäuse einer öffentlich-rechtlichen, die gesamte Wirtschaft inkorporierenden Pflichtkörperschaft mit einem detailliert reglementierten Organisationsstatut andererseits. Unabdingbar ist hier auch die Einbeziehung des allgemeinpolitischen Kontextes – etwa die Berücksichtigung der Tatsache, daß auf dem Aktionsfeld der Industrieverbände immer nur einige wenige „Industrieparteien“ auf den Plan traten, während in den Kammern als der Gesamtvertretung der gewerblichen Wirtschaft der Kreis der parteipolitischen Mitspieler sehr viel größer war und die Interaktion sich damit tendenziell viel unübersichtlicher und komplexer gestaltete. Die Organisationsgeschichte wird in beiden Fällen vergleichsweise ausführlich, aber trotzdem nur selektiv, d. h. im Hinblick auf die nationalitätenpolitisch wichtigen Knotenpunkte und Entwicklungsphasen<sup>7</sup> dargestellt; weder hinsichtlich der Strukturen noch der Prozesse ist also eine Gesamtgeschichte von Industrieverbänden und Kammern in der ČSR intendiert.

2. Im zweiten Großkapitel wird die Rolle des quantitativ gesehen eher geringfügigen, ungeachtet dessen strategisch bedeutsamen Korps der deutschen – einheimisch-deutschen, vor allem aber auch reichsdeutschen oder deutsch-österreichischen – Fach- und Führungskräfte in der tschechoslowakischen Industrie, der Techniker, Manager und Verwaltungsräte, untersucht: ihre Überrepräsentation dort, andererseits die vergleichsweise schwache Vertretung der Tschechoslowaken in der Leitung der Wirtschaft ihres Staates; beides waren Erbstücke aus der Zeit der Monarchie. Die nationalen Proportionen der Belegschaften – die von den Zeitgenossen so genannten „nationalen Verhältnisse“ – hatten generell im Zusammenhang mit der Frage des „nationalen Besitzstands“ überaus große Bedeutung; die Verteilung der Gewichte zwischen Deutschen und Tschechen in den Führungsetagen der Wirtschaft war das vielleicht bedeutendste, auch heikelste Teilelement dieses übergreifenden Problemzusammenhangs. Ungeachtet des vergleichsweise niedrigen Organisationsgrades des deutschen Führungspersonals – Einzelpersonen oder lockere „Honoratiorenkolonien“ – und seines durchwegs unpolitischen Habitus standen diese Technokraten und Professionals unter dem – manchmal ernst gemeinten, zuzeiten und aus unterschiedlichen Gründen auch instrumentalisierten – Verdacht, konspirativ und mit wenig freundlichen Absichten die Fernsteuerung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft zu betreiben. Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen die mehr oder weniger, zuzeiten auch außerordentlich konfliktreichen politischen und rechtlichen Bedingungen und Modalitäten der Beschäftigung deutscher, vor allem nichttschechoslowakischer Führungskräfte – ein Stück Arbeitsmarktpolitik mit unübersehbaren nationalitätenpolitischen Implikationen.

Ein wesentliches Anliegen der Untersuchung in all ihren Teilen ist die Überprüfung der folgenden Hypothese: Ungeachtet aller scharf, zuzeiten und mancherorts sogar erbittert geführten Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Tschechen um nationale Besitzstände war in der Wirtschaft, der Domäne materieller Interessen, die anderweitig, in der Politik, der Gesellschaft und der Kultur der Ersten Republik oft zu beobachtende

<sup>7</sup> Deshalb sind zum Beispiel in diesem Zusammenhang die Jahre zwischen 1922 und 1926 für die Geschichte der Industrieverbände uninteressant.

emotional aufgepeitschte, auf ökonomische und soziale Kosten wenig Rücksicht nehmende Auseinandersetzung um nationale Besitzstände vergleichsweise milde. Korrekturmechanismen dämmten Konflikte zurück, reduzierten Reibungsverluste und Kosten – der Begriff ist hier durchaus auch im engeren Sinn gemeint. Vielleicht war der Kampf um den „nationalen Besitzstand“ überhaupt eher selten ein „Nullsummenspiel“? Wo traten Konkurrenzbeziehungen gegenüber der Nutzbarmachung der – modisch gesprochen – „Synergieeffekte“ zurück, welche der binationalen Zusammenarbeit vielleicht abzugewinnen waren?

Von hier aus läßt sich die Brücke zu einer weiteren zentralen Fragestellung schlagen: Inwieweit haben, abgesehen vom „Pragmatismus der Praktiker“, zur allfälligen Dämpfung des nationalen Konflikts auch diejenigen Strukturzüge des politischen Systems beigetragen, die – im positiven wie im negativen Sinn – Barrieren gegen „radikale Lösungen“ welcher Art auch immer darstellten? Die von Peter Heumos<sup>8</sup> konstatierten Elemente der „politökonomischen Konfiguration“ der Ersten Republik können an dieser Stelle lediglich stichwortartig in Erinnerung gerufen werden: Die ČSR verfügte – auf der Grundlage einer prononcierten Versäulung der Gesellschaft – über ein parlamentarisches System eigentümlichen Zuschnitts: eine vergleichsweise undemokratische Demokratie, charakterisiert durch Proporz und paktierte Gesetzgebung; zu wesentlichen Teilen zog das Kartell der regierenden Parteien die politischen Fäden aus dem Hinterzimmer heraus. Die Schwäche und Fragmentierung des intermediären Systems und die weitreichenden Befugnisse einer nicht nur im kakanischen Geist, sondern häufig auch nach dem kakanischen Buchstaben amtierenden Bürokratie sind zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Die diesen Defiziten geschuldete Unbeweglichkeit des legislativen und administrativen Prozesses ist durchwegs auf ihre ambivalente Bedeutung für das Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen in der Ersten Republik abzufragen: Wo verhinderte – einerseits – das langsame Mahlen der Mühlen eine energische und zügige Aufknotung der Nationalitätenproblematik durch Politik und Verwaltung? Wo war schierer Dilettantismus am Werk und nicht – wie der erste Blick nahelegen mag – chauvinistische Ranküne? Wo blockierten – andererseits – Trägheit und Erstarrung eine Dynamik, welche nach 1933 in der tschechoslowakischen Republik mancher insgeheim oder gar offen am unheimlichen großen Nachbarn bewunderte, die dem Land bis „München“ jedoch erspart geblieben ist?

<sup>8</sup> Z. B. in Heumos, Camouflage.

## Stand der Forschung

Die umfangreiche Literatur zu den deutsch-tschechischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit und, in engem Zusammenhang hiermit, zur Geschichte der Deutschen in der Ersten Republik ist vorrangig der diplomatiegeschichtlich-politischen und der kulturellen Seite der Problematik zugewandt. Die Wirtschaft hingegen hat bislang weit weniger Aufmerksamkeit gefunden. Ähnlich blenden die zahlreichen Arbeiten zur tschechoslowakischen Innen- oder Wirtschaftspolitik und zur Wirtschaftsgeschichte der Ersten Republik die Frage nach den Schnittflächen von Nationalität und Wirtschaft fast völlig aus. Dieses Korpus von Arbeiten beleuchtet zwar die Rahmenbedingungen und Hintergründe des Problemkomplexes, weiß zu diesem selbst jedoch so wenig zu sagen, daß die Klassifikation von Forschungspositionen und -traditionen, die kritische Auseinandersetzung mit ihnen und die Verortung der eigenen Arbeit auf einem bereits etablierten Forschungsfeld nur in sehr eingeschränktem Maße möglich erscheint.

Die Geschichte der Deutschen in Böhmen und die ihrer Beziehungen zu den Tschechen, die Wurzeln und der Entwicklungsweg der beiden Nationalismen in langfristiger Perspektive sind in der politik-, kultur- und ideengeschichtlichen Dimension<sup>1</sup> generell wesentlich besser erforscht als in der wirtschafts- und sozialhistorischen. Für die Zeit bis 1918 seien anstelle einer Flut von Einzelveröffentlichungen lediglich Křens grundlegende Synthese<sup>2</sup> sowie ein von Seibt herausgegebener Sammelband<sup>3</sup> genannt, der den Ansätzen und Möglichkeiten eines nationalen Ausgleichs in der Habsburger Monarchie unter anderem und am Rande auch am Beispiel der Wirtschaft nachgeht. Zur böhmischen Wirtschaftsgeschichte bis 1918 und zu den ökonomischen Problemen des Zerfalls der Habsburger Monarchie waren das Standardwerk Lacinas, Dittrich, Plaschka/Mack, Raupach und Berger und der Literaturbericht Kluges heranzuziehen.<sup>4</sup>

Dem Zusammenhang von Nationalität und Wirtschaft in Böhmen hat die Forschung sich bislang lediglich ansatzweise gewidmet. Auch dies gilt, wie Hajeks, Jindras und Kořalkas Forschungsberichte<sup>5</sup> darlegen, bereits für die Vorgeschichte der in dieser Studie behandelten Zeitspanne: für die Ursachen, den längerfristigen Verlauf und die Ergebnisse des wirtschaftlichen Emanzipationskampfes der Tschechen seit dem 19. Jahrhundert – ein Prozeß, der ein tschechisches und ein deutsches Bürgertum sowie zwei auseinanderdriftende, zunehmend sich gegeneinander abgrenzende nationale Ökonomien hervorbrachte. Die tschechoslowakische bzw. tschechische Bürgertumsforschung hat zwar Ursprünge, Sozialprofil und Mentalität der böhmischen Unternehmerschaft als solcher zu ihrem Gegenstand gemacht, die Frage der ethnischen Zusammensetzung der Wirtschaftseliten und des nationalen Konfliktpotentials jedoch nur am Rande aufgegriffen. Sieht man einmal von dem außerordentlich komplexen, ohnehin kaum befrie-

<sup>1</sup> Vgl. zu den Wurzeln des tschechischen Nationalismus etwa die Überblicksdarstellung von Zacek, *Nationalism and die weiterführende Literatur dort.*

<sup>2</sup> Křen, *Konfliktní společenství.*

<sup>3</sup> Seibt (Hrsg.), *Chance*; hier insbesondere die folgenden Beiträge: Otruba, *Kapital*; Alexander, *Zusammenfassung.*

<sup>4</sup> Dittrich, *Staatszerfall.* – Plaschka/Mack (Hrsg.), *Auflösung des Habsburgerreiches.* – Raupach, *Auswirkungen.* – Berger, *Donauraum.* – Lacina, *Hospodářství.* – Kluge, *Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in Österreich.*

<sup>5</sup> Hájek, *Ekonomická emancipace.* – Kořalka, *Bürgertumsforschung*, v. a. S. 27 f. – Jindra, *Úvahy.*

digend zu klärenden Problem der statistischen Erfassung der nationalen Besitzstände in der Wirtschaft ab, so sind schon die grundlegenden wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Strukturen Böhmens und Mährens – Art und Umfang der agrarischen und der industriellen Produktion, Finanz- und Kreditwesen, Verkehr, demographische und sozio-professionelle Verhältnisse – noch längst nicht ausreichend erforscht. Ebendies gilt für die Interdependenzen zwischen der politischen und der wirtschaftlichen Emanzipation der Tschechen und ihrer Position in der Wirtschaftsverwaltung, in Handels- und Gewerbekammern und Verbänden.

Die innenpolitischen Rahmenbedingungen und Hintergründe des hier behandelten Themas, die grundlegenden Strukturen und Entwicklungen des politischen Systems sowie die Wechselbeziehungen zwischen Nationalitätenpolitik und Innenpolitik überhaupt beleuchtet eine Reihe von Bosl herausgegebener Sammelbände, die in der Regel die Erträge der Bad Wiesseer Tagungen des Münchner Collegium Carolinum zusammenfassen.<sup>6</sup> Diese und die Studien Rothschilds, Hoenschs, Lipschers und Wingfields sowie der Sammelband Skillings<sup>7</sup> haben in den vergangenen beiden Jahrzehnten den Boden so gut bereitet, wie dies bei dem bis 1989 nur sehr limitierten Zugang zu den tschechoslowakischen Archiven irgend möglich war. In ähnlicher Manier sind die Studien und Darstellungen zur allgemeinen Wirtschaftsgeschichte der Ersten Republik auf Kompendienniveau Referenzpunkte und Konsultationsangebot, äußern sich zu der hier behandelten speziellen Problematik jedoch nicht. Zu erwähnen sind hier die zeitgenössischen Arbeiten Grubers, Von der Deckens und Witts und der Jubiläumsband „Deset let československé republiky“<sup>8</sup>, die Überblicksdarstellung Baschs und das Sammelwerk „Stručný hospodářský vývoj Československa“ sowie Průcha, Harna, Kosta, Pryor, Olšovský und Teichova; die grundlegenden Daten zur Bevölkerungsgeschichte unter Berücksichtigung der nationalen Verhältnisse finden sich bei Bohmann.<sup>9</sup> Wichtige Einzelprobleme der binnenwirtschaftlichen Entwicklung thematisieren Harna/Lacina<sup>10</sup> mit der Rolle agrarischer Interessen im binnenwirtschaftlichen und -politischen Kräftespiel sowie Lacinas und Deyls<sup>11</sup> Studien zu Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Fragen der – meist regionalen – Industrie- und Sozialstruktur erörtern, zum Teil auch mit Ausblick auf die Nationalitätenproblematik, passim die Veröffentlichungen des Slezský ústav in Troppau<sup>12</sup> und das Publikationsorgan des Instituts, der „Slezský sborník“. La-

<sup>6</sup> Vgl. insbesondere Bosl (Hrsg.), Aktuelle Forschungsprobleme. – Ders. (Hrsg.), Die Burg. – Ders. (Hrsg.), Demokratisch-parlamentarische Struktur. – Ders. (Hrsg.), Multinationaler Parteienstaat.

<sup>7</sup> Rothschild, East Central Europe, S. 73–135. – Hoensch, Geschichte der tschechoslowakischen Republik. – Instruktiv auch der Überblick über die Kontinuitäten und Entwicklungsbrüche in der Geschichte der Tschechoslowakischen Republik nach 1918 in Hoensch, Geschichte Böhmens, S. 421 ff. – Lipscher, Verfassung und politische Verwaltung. – Wingfield, Minority politics. – Skillings (Hrsg.), Czechoslovakia.

<sup>8</sup> Gruber (Hrsg.), Czechoslovakia. – Von der Decken, Wirtschaft der Tschechoslowakei. – Deset let, Band 2. – Witt, Wirtschaftskräfte.

<sup>9</sup> Basch, Economic and financial policy. – Stručný hospodářský vývoj Československa. – Olšovský, Přehled. – Průcha (Hrsg.), Hospodářské dějiny. – Harna, Materiály. – Kosta, Sozialökonomische Entwicklung. – Pryor, Wirtschaftliche Entwicklung. – Teichova, Kleinstaaten. – Dies., Wirtschaftsgeschichte. – Bohmann, Bevölkerungsbewegungen. – Ders., Menschen und Grenzen.

<sup>10</sup> Harna/Lacina, Základní problémy.

<sup>11</sup> Lacina, Velká hospodářská krize. – Deyl, Sociální vývoj.

<sup>12</sup> Vgl. etwa die vom Institut herausgegebenen Sammelbände zu Methodenfragen: Slezský ústav

cina hat eingehend die „Formierung“ einer nationaltschechischen Wirtschaft in der Anfangsphase der Republik untersucht.<sup>13</sup> Der von Teichova und Matis herausgegebene Sammelband<sup>14</sup> beleuchtet das breite Spektrum der aus dem Zerfall der Monarchie resultierenden Wirtschaftsprobleme der Nachfolgestaaten.

Lage und Entwicklung der deutschen Volksgruppe in der ČSR nach 1918 und ihr Verhältnis zu den Tschechen beleuchten von der rechtlichen und politischen Seite her eine Fülle von Arbeiten, etwa Gajan, Cesar/Černý, Brügel, Smelser, Novák, Raschhofer/Kimminich, Schramm, Leoncini, Seibt, Kural und der von Hoensch/Kováč herausgegebene Sammelband.<sup>15</sup> Die Beiträge des unter der Ägide der European Science Foundation herausgegebenen mehrbändigen Sammelwerks „Comparative studies on governments and non-dominant ethnic groups in Europe, 1850–1940“ zur tschechoslowakischen Nationalitätenproblematik präsentieren in der Regel keine quellenfundierten neuen Resultate, sind jedoch als bündige Zusammenfassung des Forschungsstands hilfreich und bemühen sich um die Einordnung in ein komparatives Interpretationsraster.<sup>16</sup> Was hingegen die wirtschaftliche Seite des Nationalitätenkonflikts angeht, so stellt sich die Forschungslage ähnlich unbefriedigend dar wie für die Zeit vor 1918, sieht man einmal von einigen knappen Passagen in der bahnbrechenden Arbeit Jaworskis über den „Volkstumskampf“ in den zwanziger Jahren<sup>17</sup> ab. Dieser hat sich an anderer Stelle mit instruktiven theoretischen Überlegungen zum Wirtschaftsnationalismus geäußert<sup>18</sup>, diese aber anhand des polnischen Beispiels<sup>19</sup> konkretisiert. Am ehesten einschlägig ist die lange Reihe wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Untersuchungen des Slezský ústav, dessen statistisch-deskriptive und ökonomische Teile durchwegs vorbildliche Forschungsleistungen darstellen, während die Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik in der Forschungstradition des Instituts im allgemeinen weniger Beachtung finden.<sup>20</sup> Der Autor der vorliegenden Studie hat versucht, zur Klärung der Pro-

(Hrsg.), Metodologické a metodické otázky. – Dass. (Hrsg.), Stav a perspektivy výzkumu průmyslových oblastí. – Dass. (Hrsg.), Průmyslový závod. – Weiterhin das vom Institut herausgegebene Sammelwerk K hospodářským a sociálním dějinám 19. a 20. století, zwei Bände, Opava 1991.

<sup>13</sup> Lacina, Formování.

<sup>14</sup> Teichova/Matis (Hrsg.), Österreich und die Tschechoslowakei 1918–1938.

<sup>15</sup> Gajan, Irredentistická činnost. – Cesar/Černý, Politika. – Brügel, Tschechen und Deutsche. – Smelser, Sudetenproblem. – Novák, Henlainschisten (!). – Raschhofer/Kimminich, Sudetenfrage. – Schramm, Tschechen und Deutsche. – Hoensch/Kováč (Hrsg.), Scheitern. – Leoncini, Sudetenfrage und die wesentlich ausführlichere italienische Originalfassung Leoncini, Questione. – Seibt, Deutschland und die Tschechen. – Kural, Konflikt.

<sup>16</sup> Erschienen sind bisher fünf Bände mit Einzelstudien: Vgl. Vilfan (Hrsg.), Ethnic groups. – Alderman (Hrsg.), Governments. – Kappeler (Hrsg.), Formation. – Smith (Hrsg.), Ethnic groups. – Engman (Hrsg.), Ethnic identity. – Für die Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit einschlägig: Jaworski, German Minorities. – Slapnicka, Majorities.

<sup>17</sup> Jaworski, Vorposten.

<sup>18</sup> Jaworski, Nationalismus und Ökonomie.

<sup>19</sup> Jaworski, Handel und Gewerbe.

<sup>20</sup> Vgl. insbesondere den Sammelband zu einem Seminar in Troppau am 20./21. Juni 1989 und hier die Abrisse Gawreckás, Steiners und Niesners zu methodologischen Fragen. Inhaltlich stehen die Probleme der slowakischen und der polnischen Volksgruppe im Vordergrund: Slezský ústav (Hrsg.), Národnostní otázka (interní tisk). – Gawrecká, K národnostní otázce. – Steiner, K sociálním profesním strukturám. – Niesner, Několik poznámek.

blematik des „nationalen bias“ bei der Vergabe von Staatslieferungen beizutragen.<sup>21</sup> Dobrýs Analyse<sup>22</sup> basiert fast ausschließlich auf gedrucktem Material und ist wegen ihrer plakativen marxistischen Begrifflichkeit wenig brauchbar.

Die deutsch-tschechoslowakischen politischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit, Gegenstand der von Bosl<sup>23</sup> und Glotz<sup>24</sup> herausgegebenen Sammelbände, der Studie Campbells<sup>25</sup>, der zahlreichen Arbeiten zur Vorgeschichte des Münchner Abkommens<sup>26</sup> sowie der Darstellungen von Brügel, Weinberg, Dolezel und Seibt<sup>27</sup>, sind vergleichsweise gut erforscht, thematisieren die Wirtschaftsbeziehungen allerdings nur am Rande. Die Überblicksdarstellungen zur Geschichte der tschechoslowakischen Außenwirtschaftsbeziehungen von Dittrich, Olšovský, Pryor und Pryor, Lacina und Pryor<sup>28</sup> untersuchen die Position der ČSR in der internationalen Wirtschaft allgemein, gehen auf die ökonomischen Verbindungen speziell zum Reich jedoch nicht näher ein. Die Zusammenhänge zwischen Innen- und Außenwirtschaftspolitik nimmt Černýs<sup>29</sup> Arbeit zum Einfluß agrarischer Interessen in den Blick. Die Untersuchungen Reicherts, Gruners, Ránki und Jančíks<sup>30</sup> zu Einzelaspekten der tschechoslowakischen Außenwirtschaftsbeziehungen hingegen thematisieren vorzugsweise die ökonomischen Verflechtungen mit den Staaten Südosteuropas; einzig Krüger<sup>31</sup> analysiert anhand eines zeitlich kurzen Abschnitts die Position der ČSR im Spannungsfeld zwischen Donauraum und Deutschland. Vice versa gehen die umfassenderen Darstellungen zu den deutschen Außenwirtschaftsbeziehungen in der Zwischenkriegszeit – Doering, Milward, Stegmann, Frommelt, Stegmann, Kube, Teichert<sup>32</sup> – wie auch die Untersuchungen zu Spezialthemen bzw. zu einzelnen zeitlichen Abschnitten – Radkau, Gessner, Pohl, Krüger, Schröter, Wottawa, Dengg, Hentschel und Bellers<sup>33</sup> – nicht speziell auf die Tschechoslowakei ein.

<sup>21</sup> Boyer, Staatsaufträge.

<sup>22</sup> Dobrý, Hospodářská krize.

<sup>23</sup> Bosl (Hrsg.), Gleichgewicht.

<sup>24</sup> Glotz, München 1938.

<sup>25</sup> Campbell, Confrontation.

<sup>26</sup> Vgl. etwa Celovsky, Münchner Abkommen.

<sup>27</sup> Brügel, Tschechen und Deutsche. – Weinberg, Foreign Policy. – Dolezel, Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen. – Seibt, Deutschland und die Tschechen.

<sup>28</sup> Dittrich, Tschechoslowakei in der Weltwirtschaft. – Olšovský, Světový obchod. – Pryor und Pryor, Foreign trade. – Lacina, K místu Československu. – Pryor, Außenhandel.

<sup>29</sup> Černý, Wirtschaftliche Voraussetzungen.

<sup>30</sup> Reichert, Kleine Entente. – Gruner, Großbritannien. – Ránki, Economy and foreign policy. – Jančík, Německo.

<sup>31</sup> Krüger, Beneš.

<sup>32</sup> Doering, Außenwirtschaftspolitik. – Milward, Deutscher Handel. – Frommelt, Paneuropa. – Stegmann, Deutsche Zoll- und Handelspolitik. – Ders., „Mitteleuropa“. – Kube, Außenpolitik und „Großraumwirtschaft“. – Teichert, Autarkie.

<sup>33</sup> Radkau, Entscheidungsprozesse. – Gessner, Agrarprotektionismus. – Pohl, Weimars Wirtschaft. – Krüger, Ansätze. – Schröter, Verena, Deutsche Industrie. – Wottawa, Protektionismus. – Dengg, Deutschlands Austritt. – Hentschel, Zahlen und Anmerkungen. – Bellers, Außenwirtschaftspolitik.

Die bilateralen Handelsbeziehungen sind Gegenstand der zeitgenössischen Dissertationen Glänzels und Uebels<sup>34</sup> und der Skizze Slámas<sup>35</sup> sowie der Arbeit Gajans<sup>36</sup>, die wegen ihrer schmalen Quellenbasis und ihrer dogmatischen marxistischen Begrifflichkeit allerdings als überholt gelten muß. Ausnahmen sind die auf reichhaltigem Aktenmaterial aus tschechoslowakischen Archiven basierende Prager Dissertation Kubůs<sup>37</sup> über die deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen 1918 und 1924 und seine Darstellung der bilateralen politischen Beziehungen während der Weimarer Zeit<sup>38</sup>, welche zu Recht die asymmetrische Machtverteilung in den deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen als einen auch die politischen Beziehungen nicht unwesentlich prägenden Faktor würdigt. Im Lichte der Wirtschaftsbeziehungen, mehr aber noch der Arbeitsmarktbeziehungen, ist die These der politikgeschichtlichen Literatur, die bilateralen Beziehungen seien, zumindest in den zwanziger Jahren, korrekt bis freundlich gewesen, zu modifizieren, da dem die potentielle Gefährdung durch das auch ökonomisch übermächtige Deutschland im Wege stand und die temporäre „Korrektheit“ der Beziehungen wohl einzig auf dem von „Versailles“ vorübergehend hervorgerufenen Ungleichgewicht beruhte.<sup>39</sup>

Speziell zu den in der folgenden Studie erörterten Fragen fehlen Untersuchungen fast durchwegs.<sup>40</sup> Dies gilt zunächst für die Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarkt, Arbeitsmarktpolitik und Nationalitätenfrage sowie für die „nationalen Verhältnisse“ in den Betrieben. Das „penetrierte ökonomische System Tschechoslowakei“ ist bislang nur hinsichtlich der Dimension des Kapitaleinflusses, nicht der personellen Einflüsse zum Forschungsgegenstand geworden. Gerade die Kapitalverflechtungen zwischen Deutschland und der ČSR sind allerdings bislang nur am Rande untersucht worden.<sup>41</sup> Einige Beiträge des von Teichova und Cottrell herausgegebenen Sammelbandes zur Geschichte multinationaler Unternehmen<sup>42</sup> erörtern zwar auch das Engagement deutscher Unternehmen in der ČSR. Die Studien Harm Schröters zu Siemens, Verena Schröters zu den IG Farben und Alice Teichovas zu Mannesmann<sup>43</sup> nehmen allerdings eher die gesamt-südosteuropäische Strategie der genannten Konzerne in den Blick. Die Forschung - Wagner, Novotný und Segal, vor allem aber Alice Teichova in einer langen Reihe von Beiträgen<sup>44</sup> - hat in erster Linie die beherrschende Stellung der westlichen Finanzwelt in

<sup>34</sup> Glänzel, *Wirtschaft der Tschechoslowakei*. – Uebel, *Handelspolitik der Tschechoslowakei*.

<sup>35</sup> Sláma, *Außenhandelsbeziehungen*.

<sup>36</sup> Gajan, *Německý imperialismus*.

<sup>37</sup> Kubů, *Německo*.

<sup>38</sup> Kubů, *Brüchige Beziehungen*.

<sup>39</sup> Prägnant präsentiert die „revisionistische“ These Kubů, *Brüchige Beziehungen*.

<sup>40</sup> Dies heißt keineswegs, daß die kleine scientific subcommunity der auf die Wirtschaftsgeschichte der Ersten Republik spezialisierten Wirtschaftshistoriker diese Problematik nicht erkannt hätte oder sie für irrelevant hielt. Der Verfasser ist Alice Teichova, Eduard Kubů, Drahomír Jančík, Zdeněk Jindra, Vlastislav Lacina, Jaroslav Patek und Zdeněk Sládek für ihre Hinweise auf die Bedeutung dieses Themas zu Dank verpflichtet.

<sup>41</sup> Über tschechoslowakische Investitionen im Reich äußert sich, soweit ersichtlich, nur knapp Jaworskis regionalgeschichtliche Studie von 1978: Vgl. Jaworski, *Grenzlage*.

<sup>42</sup> Teichova/Cottrell (Hrsg.), *International business*.

<sup>43</sup> Schröter, Harm, Siemens. – Schröter, Verena, IG Farbenindustrie AG. – Teichova, Mannesmann.

<sup>44</sup> Wagner, Panství. – Novotný, Pokusy. – Segal, French State. – Teichova, Eindringen des deutschen Finanzkapitals. – Dies., K úfalozе zahraničného kapitálu. – Dies., Economic background.

der ČSR betont. Králs Kritik an dieser Position<sup>45</sup> hat demgegenüber die Zusammenarbeit tschechoslowakischer Finanz- und Industriekreise auch mit Deutschland hervorgehoben; Králs eigene Studie<sup>46</sup> belegt deutsche Einflüsse allerdings erst für die Jahre nach 1938 und beschränkt sich für die Erste Republik auf einige sporadische Amerkungen.

Das industrielle Verbandswesen der Ersten Republik hat die Forschung bislang weder generell noch im Licht der Nationalitätenproblematik behandelt. Die Handels- und Gewerbekammern hingegen sind zumindest in einigen wenigen, meist zeitgenössischen Darstellungen – Benedikt, Geißler, Matis, Wandruszka/Urbanitsch und Čelakovský<sup>47</sup> – thematisiert worden; aber auch hier ist die Frage nach den Berührungsfleichen von Nationalitätenpolitik und wirtschaftlicher Selbstverwaltung unbeachtet geblieben. Symptomatisch – und verallgemeinerbar für die gesamte Erste Republik – ist das Resümee der Bad Wiesseer Tagung des Collegium Carolinum vom November 1989, der Einfluß der Wirtschaft auf die (Nationalitäten-) Politik sei für das Jahr 1919 nur schwer zu verdeutlichen.<sup>48</sup>

Nicht unplausibel ist die Vermutung, Ansätze zur Kooperation zwischen Deutschen und Tschechen, wie sie beispielsweise in Industrieverbänden und Kammern zu beobachten waren, seien deshalb bislang nicht sonderlich ausführlich untersucht worden, weil dieses Unternehmen fixierte Feindbilder und beiden Völkern liebgewordene Klischees ins Wanken zu bringen geeignet wäre. Die erstaunlich großflächigen weißen Flecken auf der Karte der Forschungslandschaft der Ersten Republik generell sind vermutlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die marxistische Historiographie der ČSSR wenig geneigt war, Retuschen am pauschal-negativen Bild dieses „bourgeoisien Staates“ anzubringen; hinzu kommt, daß das Interesse dieser Richtung sich sehr viel stärker auf die Geschichte der Arbeiterschaft bzw. der Arbeiterbewegung als auf die der Unternehmerschaft und ihrer Organisationen richtete.<sup>49</sup> Auf der deutschen Seite finden sich zwar durchaus auch Darstellungen, die beiden Seiten gerecht zu werden trachten.<sup>50</sup> Allerdings war das Feld bislang häufig von Legenden und oft gehässiger Polemik besetzt. Diese wurzelt in der zeitgenössischen agitatorischen Rhetorik des „Volkstumskampfes“, deren Topoi sie, wenn auch meist abgemildert, im Umkreis der Landsmannschaften nach 1945 weitertradiert hat. Paradigmatisch für die schablonenhafte Sicht „der rücksichtslosen nationalen Sinnesart der Tschechen“ und ihrer angeblich aus einem Guß geplanten, mit zäher Konsequenz realisierten Expansion ist das Standardwerk des Geographen Hassinger<sup>51</sup>, demzufolge die „Tschechisierung“ des deutschen Gebiets in einer gleichsam standardisierten Phasenabfolge verläuft: Der Kauf von Immobilien an der Sprachgrenze mit maßgeblicher Unterstützung nationaltschechischer Banken zieht

<sup>45</sup> Král, Rezension von Alice Teichova „Příspěvek“. – Ders., K úloze zahraničního kapitálu.

<sup>46</sup> Král, Otázky hospodářského a sociálního vývoje.

<sup>47</sup> Benedikt, Wirtschaftliche Entwicklung. – Geißler, Entstehung. – Matis, Österreichs Wirtschaft. – Wandruszka/Urbanitsch (Hrsg.), Habsburgermonarchie. – Čelakovský, Handels- und Gewerbekammern.

<sup>48</sup> Alexander, Zusammenfassung, in: Lemberg/Heumos.

<sup>49</sup> Vgl. zu den – hier nicht zu leistenden – Differenzierungen hinsichtlich dieses pauschal-negativen Bilds der Historiographie der ČSSR den Forschungsüberblick bei Seibt, Deutsche.

<sup>50</sup> Neben dem zitierten Werk Seibts beispielsweise Hilf, Deutsche und Tschechen. Hilf bekundet den Willen, „den jeweils anderen in seinen Motiven und Zwängen zu verstehen“ (S. 7). Am Scheitern des Zusammenlebens hätten „beide Völker in gleicher Weise schuld“ (S. 72).

<sup>51</sup> Hassinger, Tschechoslowakei, S. 158 ff. Zitate S. 160.

die Gründung nationaltschechischer Wirtschaftsunternehmen und die Zuwanderung tschechischer Arbeitskräfte nach sich. Diese führt zur Kolonienbildung, zur Etablierung kultureller und politischer Organisationen, welche schließlich die politische Macht an sich zu reißen versuchen. Diese von Hassinger Mitte der zwanziger Jahre in vergleichsweise gemäßigttem Ton formulierten Anwürfe finden sich nach 1933 in polemischem Gewande wieder: Die „planmäßige Vernichtung der sudetendeutschen Wirtschaft“ hatte einer Verlautbarung des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront zufolge mit der Bodenreform und der konfiskatorischen Lösung der Kriegsanleihenfrage begonnen. Der Vormarsch des tschechischen Kapitals in der deutschen Wirtschaft sei Hand in Hand mit einer gezielten Benachteiligung der Deutschen durch die staatliche Wirtschaftspolitik, etwa in Devisen-, Zoll- oder Kontingentfragen und bei der Vergabe von Staatsaufträgen, verlaufen. Verantwortlich für die Misere sei in erster Linie die „systematische Tschechisierungspolitik des Staates“.<sup>52</sup>

Auch das im Dunstkreis landsmannschaftlicher bzw. vertriebenenpolitischer Verbandsinteressen zu verortende Schrifttum der Nachkriegszeit<sup>53</sup> neigt dazu, einseitig der Prager Politik die Schuld für den Niedergang der Wirtschaft der Deutschen in der ČSR aufzubürden; bemerkenswerterweise befindet sie sich damit in enger Übereinstimmung mit der Kritik der marxistischen Historiographie – etwa Dobrýs<sup>54</sup> – an der Ersten Republik. Am vergleichsweise seriösen Ende dieses Spektrums stehen zum Beispiel Bohmanns<sup>55</sup> und Prinz'<sup>56</sup> nicht völlig unrichtige, aber zu stark pauschalisierende Urteile über die „offensive Nationalitätenpolitik auf Kosten der Deutschen“ und die „nationalpolitische Manipulation der Wirtschaftskrise“. Auch Lipschers Abhandlung über die deutschen Beschwerden auf dem Gebiet der Wirtschaft stützt sich unkritisch auf das zeitgenössischen Schrifttum.<sup>57</sup> Das anderen Extrem des Spektrums, in dessen Abfolge die Grenze von der Historie zur polit-agitatorischen Hintertreppenliteratur überschritten wird, markiert der von Rolf-Josef Eibicht herausgegebene Sammelband mit dem programmatischen Titel „Die Tschechoslowakei – Eine Fehlkonstruktion“.<sup>58</sup>

Standardfehler dieser Literaturgattung ist zum einen die mangelnde zeitliche und sachliche Spezifizierung der – teilweise durchaus berechtigten – Vorwürfe; der tschechische Wirtschaftsnationalismus wird auf diese Weise zu einer die Erste Republik durch-

<sup>52</sup> Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront (Hrsg.), *Sudetendeutschtum*, S. 9, 31.

<sup>53</sup> Vgl. beispielsweise Polzer, *Tschechoslowakei, oder das vom Sudetendeutschen Archiv herausgegebene Buch Welichs, Sudetendeutsche Frage*, insbesondere S. 67 ff. – Franke, London, v. a. S. 103 ff.

<sup>54</sup> Dobrý, *Hospodářská krize*.

<sup>55</sup> Bohmann, *Menschen und Grenzen*, v. a. S. 153 ff.

<sup>56</sup> Prinz, *Deutsche Geschichte*. Vgl. zur Ersten Republik insbesondere S. 379 ff. und S. 393 ff. – Vgl. auch Prinz' Rezension der Neuauflage von Seibt, *Deutschland und die Tschechen* (1993), in: FAZ vom 5. 5. 1994, in der der Tschechoslowakei viel zu pauschal eine „intransigente Nationalitätenpolitik“ vorgeworfen wird.

<sup>57</sup> Lipscher, *Beschwerden*.

<sup>58</sup> Vgl. Eibicht (Hrsg.), *Die Tschechoslowakei – Eine Fehlkonstruktion*. Zu Recht hält Seibt dieses Geschichtsbild, dem „ein gewisser Bekenntnischarakter“ zu eigen sei, für „wissenschaftlich indiskutabel“. Zu den „störenden und manchmal empörenden Einseitigkeiten“ rechnet er, daß Hitler nicht vorkomme; die Pariser Friedensschlüsse sind Eibicht zufolge die Wurzel allen Übels: Vgl. Seibt, *Selbstdarstellung*.

gänglich, ohne Unterschiede der Intensität prägenden Erscheinung.<sup>59</sup> Des weiteren wird die Existenz eines von chauvinistischer Böswilligkeit durchwirkten Master-Plans zur wirtschaftlichen Entmachtung der Deutschen unterstellt; Faktoren außerhalb des Radius der nationalen Frage, die zur wirtschaftlichen Zurückdrängung der Deutschen beigetragen haben mögen, werden nicht in die Analyse einbezogen, Ankündigungen, Pläne und politische Rhetorik mit der Wirklichkeit kurzschlüssig gleichgesetzt.

<sup>59</sup> Franke und Welisch beziehen ihre Beispiele bezeichnenderweise meist aus den Anfangsjahren der Republik.

## Quellen

Die samtene Revolution des Jahres 1989 hat die Benutzung der in den vorangegangenen Jahrzehnten für Forscher aus westlichen Ländern nur schwer zugänglichen Archive der Tschechoslowakei bzw. der Tschechischen Republik wesentlich erleichtert. Da sich die reichsdeutsche Politik die Belange der Deutschen in der ČSR mehr oder weniger zu eigen machte, waren auch die einschlägigen Quellen aus den deutschen Archiven heranzuziehen; hier konnte die Arbeit nicht zuletzt von dem problemloser gewordenen Zugang zu den Archiven in den neuen Bundesländern profitieren. Diese „bilaterale Quellengrundlage“ ermöglichte eine außerordentlich aufschlußreiche Doppelperspektive, die dem Bestreben, den Motiven und Handlungen beider Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, entgegenkam.

Auf deutscher Seite von erstrangiger Bedeutung waren die Akten des Auswärtigen Amtes im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn bzw. – zu einem kleineren Teil – im Bundesarchiv, Abteilung Berlin. Die in der Aktengruppe „Gesandtschaft Prag“ zusammengefaßten, zum Teil auch edierten Berichte<sup>1</sup> informieren dicht über sämtliche Aspekte des bilateralen Verhältnisses bzw. der Lage der Deutschen in der ČSR. Gegen den Informationswert dieser Quelle ließe sich einwenden, daß die deutschen Diplomaten Nachrichten und Wertungen vorzugsweise aus Kreisen der einheimischen Deutschen bezogen. Abgesehen davon, daß „Perspektivität“ die inhärente Eigenschaft jeder Quelle ist, sind die Gesandtschaftsberichte für den Faktenhintergrund der tschechoslowakischen Politik trotzdem unverzichtbar – auch und gerade, was die subjektive Perspektive der Deutschen in der Tschechoslowakei anbetrifft. Speziell zu den Wirtschaftsbeziehungen wurden neben dem Bestand „Reichswirtschaftsministerium“ im Bundesarchiv Berlin auch die zum Teil im Bundesarchiv Koblenz, zum Teil in Berlin archivierten Akten der Reichskanzlei herangezogen. Da an der Lage der deutschen Volksguppe insbesondere die an die ČSR angrenzenden deutschen Länder Anteil nahmen, wurde das Material zu den bayerischen, sächsischen und preußischen „Sonderbeziehungen“ zur Tschechoslowakei im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München, im Sächsischen Hauptstaatsarchiv in Dresden und im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, seinerzeit noch in Merseburg gesichtet.

Eine erstrangige Quelle für die bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen war auch auf tschechoslowakischer/tschechischer Seite das Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in Prag, in dessen Sektionen II und III – „Politik“ und „Berichterstattung“ – auch Material zu den minderheitenpolitischen Aktivitäten der Prager Regierungen bzw. der Deutschen in der Tschechoslowakei im Rahmen des Völkerbunds erschlossen werden konnte. Im Staatlichen Zentralarchiv in Prag wurden zu allen Aspekten der Thematik die Bestände der zentralen Ressorts – des Ministeriums für Industrie, Handel und Gewerbe, des Innen- und des Finanzministeriums, der Ministerien für Soziale Fürsorge bzw. für Öffentliche Arbeiten – sowie der Fond „Präsidium

<sup>1</sup> Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik: Teil I, Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Benes (1918–1921), bearbeitet von Manfred Alexander, München/Wien 1983. – Teil IV, Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von Masaryk (1933–1935), bearbeitet von Heidrun und Stephan Dolezel, München 1991.

des Ministerrats“ herangezogen. Hinzu kamen die Akten von Parteien und nichtstaatlichen Organisationen – auf tschechischer Seite vor allem der Bestand „Tschechoslowakischer Nationalrat“, auf deutscher der Fonds „Sudetendeutsche Partei“. Diese Materialgrundlage komplettierten die im Archiv der Kanzlei des Präsidenten der Republik in den Beständen „D“ (Wichtig) und „T“ (Geheim) erschlossenen Dokumente, während die Bestände „Generalstab“ und „Militärkanzlei des Präsidenten“ im Prager Militärhistorischen Archiv die Quellengrundlage zur Problematik „Deutsche Wirtschaft und nationale Sicherheit“ verbreiterten. Flankierend wurden im Staatlichen Zentralarchiv und in der Nachlaßabteilung des Archivs des Nationalmuseums in Prag die Papiere zentraler Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und politischen Lebens – Hodža, Rašín, Hodáč – ausgewertet. Hintergrundinformationen und den Schlüssel zu anderweitig schwer interpretierbaren Ereignissen lieferten die auf intimer Kenntnis der Interna tschechoslowakischer Politik fußenden Berichte des österreichischen Gesandten in der ČSR, Marek, im Staatsarchiv der Republik Österreich in Wien. Die Akten von Wirtschaftsverbänden, Kammern und Unternehmen finden sich zum Teil in staatlichen, zum Teil in Firmen- und Kammerarchiven. Neben dem Archiv der Industrie- und Handelskammer München kamen im Staatlichen Zentralarchiv in Prag die Bestände „Zentrale der Handels- und Gewerbekammern“ bzw. „Zentralverband der tschechoslowakischen Industriellen“ in Betracht. In den Archiven von Mannesmann und Siemens fand sich Material zur Geschichte der tschechoslowakischen Tochterfirmen dieser Unternehmen. Ergänzt wurden diese Bestände aus den im Bundesarchiv Berlin zugänglichen Firmenarchiven. Von erstrangiger Bedeutung war in Prag das Archiv der Staatsbank mit den Akten einer Reihe tschechoslowakischer Großbanken, in erster Linie der Živnostenská banka.

Daß die Quellenrecherchen in der Tschechischen Republik sich auf die gesamtstaatlichen Archive in Prag konzentrierten, steht im Einklang mit dem Erkenntnisziel der Untersuchung, welche in erster Linie zentrale wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse und Abläufe in den Blick nimmt. Die Quellendichte war hier in jedem Fall zumindest hinreichend, in den meisten Hinsichten weit mehr als das. Nicht ausfindig zu machen war – dies die einzige nennenswerte archivalische Lücke – ein geschlossener Bestand von Akten des Deutschen Hauptverbandes der Industrie. Die Vermutung, diese Unterlagen seien nach der Annexion des Sudetenlandes und der Eingliederung des Hauptverbandes in die Reichsgruppe Industrie von dieser übernommen worden und auf diesem Wege ins Bundesarchiv gewandert, war nicht zu verifizieren; kein Ergebnis erbrachte auch die Rundfrage bei allen irgend einschlägigen Archiven der tschechischen Republik. Der Fond „Zentralverband der Tschechoslowakischen Industriellen“ enthält außer den Wortprotokollen der öffentlichen Hauptversammlungen nur in geringerem Ausmaß interne Materialien wie etwa Sitzungsprotokolle, weshalb kompensatorisch auf den umfangreichen archivalischen Niederschlag der Aktivitäten der beiden Industrieverbände in den Ministerialbeständen bzw. in den Unterlagen der Kanzlei des Präsidenten der Republik zurückgegriffen werden mußte. Diese Materialgrundlage konnte in vielen Punkten durch die Berichterstattung der deutschen bzw. der österreichischen Prager Gesandtschaft ergänzt werden. Die verbleibenden Lücken werden durch die Verbandsorgane – die „Mitteilungen des Deutschen Hauptverbandes der Industrie“, die „Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Textilverbandes“ und der „Observer“ des Zentralverbands – sowie die sonstige Wirtschaftspresse gefüllt, deren Berichterstattung mit hoher Detaildichte das gesamte Spektrum der Verbandsaktivitäten abdeckt. Die

Protokolle der Vollversammlungen und der Ausschusssitzungen, die Dokumentation der verbandsinternen Sachdebatten und die Berichterstattung über die Kontakte zu Regierung und Verwaltung eröffnen einen Einblick in die Aktivitäten auch in politisch sensiblen Bereichen. Da die Verbandspresse aus einsichtigen Gründen Sachverhalte in der Regel nach Maßgabe der Organisationsinteressen filtert und der (Verbands-)Öffentlichkeit Kritik tendenziell in diplomatisch geglätteter Form präsentiert, waren diese Texte mit wachem Ohr auf Zwischentöne abzuhören.

Die Analyse der Nationalitätenpolitik in den Kammern stützt sich in erster Linie auf die Materialien zur Kammerreform und zur Umbildung der Verwaltungskommissionen im Bestand „Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe“ des Staatlichen Zentralarchivs. Die ebenfalls dort zugänglichen Protokolle der Kammersitzungen dokumentieren im Detail die Alltagsgeschäfte dieser Körperschaften, sind für die hier erörterten Fragen hingegen nur punktuell ergiebig. Die Untersuchung beschränkt sich auf die „Stichprobe“ der drei großen mehrheitlich tschechischen Kammern Prag, Pilsen und Brünn; hinzu kommt – in mehrfacher Hinsicht ein Kontrastbeispiel – die deutsche Kammer Eger. Die Aktenüberlieferung der zweiten mehrheitlich deutschen Kammer, der Reichenberger, war – aus nicht ersichtlichen Gründen – für eine detaillierte Analyse zu wenig ergiebig.

Die Untersuchung der Arbeitsmarktpolitik und der „nationalen Verhältnisse“ beruht im Kern auf den Akten der mit der Materie befaßten Prager Ministerien. In je unterschiedlicher Intensität waren dies das Ministerium für soziale Fürsorge und das Handelsministerium, das Außen-, das Innen- und das Verteidigungsressort. Die deutsche Seite wird durch die Akten des Auswärtigen Amtes und die Gesandtschaftsberichte beleuchtet. Hinzu kamen die Aktenserie des Handelsministeriums über die „nationalen Verhältnisse“ in einer Reihe wichtiger Betriebe sowie die Unternehmensarchive von Siemens und Mannesmann. Das Schriftgut des Tschechoslowakischen Nationalrats im Staatlichen Zentralarchiv war durchwegs, insbesondere aber in diesem Zusammenhang von Bedeutung.

## Grundlagen

Nationalitätenpolitische Forderungen verfochten im politischen Kräftefeld der Ersten Republik in erster Linie die nationaldemokratische, die volkssozialistische und die Agrarpartei. Solche Zielsetzungen und Aktivitäten waren allerdings wechselnden Konjunkturen unterworfen; häufig wurden sie durch andere Interessen und Prioritäten überspielt, umgebogen, abgemildert oder konterkariert.

Die 1918/19 aus einer Reihe liberaler Gruppierungen fusionierte Tschechoslowakische Nationaldemokratie<sup>1</sup> war als nationaltschechische Volkspartei auf breit gefächerter programmatischer Grundlage und mit einer heterogenen Führungselite angetreten. Bald wurde sie in zunehmendem Maße zur Partei des tschechischen beamteten, insbesondere aber des Industriebürgertums. Zwei Seelen wohnten in ihrer Brust: Dem prononciert nationalistischen Flügel Viktor Dyks und Karel Kramářs, des Parteiführers und ersten Nachkriegsministerpräsidenten der Republik, stand der industrienahe Flügel unter der Führung des Generalsekretärs des Zentralverbands der tschechoslowakischen Industriellen, Hodáč, gegenüber, dessen Nationalismus zumindest in der Sphäre der Wirtschaft von einem ausgeprägten, der Kooperation mit den Deutschen durchaus nicht abgeneigten Pragmatismus temperiert wurde. Dieser Widerstreit war exemplarisch in Jaroslav Preiss verkörpert, dem Vorkämpfer einer nationaltschechischen Wirtschaft, zur gleichen Zeit Oberdirektor der mit einer größeren Zahl deutscher Unternehmen durch Kapitalbeteiligungen und Kreditbeziehungen verflochtenen Živnostenská banka. Preiss war politischer Weggefährte Hodáčs und ab 1930 Präsident des Zentralverbands.

National orientiert war in manchen Elementen auch die Programmatik der Tschechischen Volkssozialisten.<sup>2</sup> In ihren Anfängen war diese Partei eine nationaltschechische Protestbewegung gegen die österreichische internationalistisch orientierte Sozialdemokratie gewesen; sie suchte die tschechische Arbeiterschaft für die Forderung nach einem Nationalstaat zu gewinnen. Grundlage waren eine romantische Konzeption der tschechischen Geschichte und die Betonung der Gemeinsamkeiten des Slawentums. Der nationalpolitische Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen wurde als Teil eines „immerwährenden Kampfes zwischen Slawen und Germanen“ begriffen. Die Tschechische Sozialistische Partei formulierte auf ihrem Vereinigungskongreß vom 30. März bis zum 1. April 1918 die Forderung nach einem selbständigen tschechoslowakischen Staat in den natürlichen geographischen und wirtschaftlichen Grenzen.

Die Jahre nach 1918 waren von einer Wende zum Pragmatismus charakterisiert: Das Wirtschafts- und das Sozialprogramm der Partei erteilten Marxismus und Klassenkampf eine Absage. Sie beschränkte sich nun im wesentlichen auf ein Programm der sozialen Reformen, der gesellschaftlichen Kontrolle des Privateigentums und der Wirtschaftsdemokratie, in dessen Rahmen höchstens die Forderung nach Entprivatisierung der Kohlengruben ein nationalitätenpolitisches Element beinhaltete, da „Nationalisierung“ nämlich auch als Überführung der Kohlenwirtschaft in nationaltschechische Hände interpretiert werden konnte. Die Partei gab unter dem Einfluß Masaryks ihren wirtschaftlichen und sozialen, oft gegen deutsch firmierende Juden gerichteten Antisemitismus auf. Vermutlich war es auch der Präsident, der Anfang der zwanziger Jahre den anti-

<sup>1</sup> Vgl. zu den folgenden Ausführungen Lemberg, Liberalismus, v. a. S. 69 ff.

<sup>2</sup> Brandes, National-Sozialisten.

deutschen Radikalismus der Parteiführer Kľofáč und Štřibrný mäßigte und sie veranlaßte, den Deutschen die Gleichberechtigung und die Beteiligung an der Regierung anzubieten. In den dreißiger Jahren wurden die Erhaltung von Staat und Demokratie und die Verhinderung einer Rechtsregierung zu vorrangigen Zielen, deren Erreichung von einer intransigenten Nationalitätenpolitik offensichtlich gefährdet worden wäre. Zwar finden sich im Widerstreit mit diesem „pragmatischen Patriotismus“ in der Parteipresse über die Jahre hinweg immer wieder scharfe Ausfälle gegen die deutsche Wirtschaftsmacht. Mäßigend wirkte jedoch nicht zuletzt der Umstand, daß ein rigoroseres Vorgehen gegen die Reichsdeutschen geeignet war, heikle Probleme im Verhältnis zu Deutschland heraufzubeschwören. Für die auswärtige Politik aber zeichnete lange Jahre – zunächst als Außenminister, dann als Präsident – Edvard Beneš verantwortlich, der 1923 Mitglied der Partei geworden war.

Die tschechische Agrarpartei<sup>3</sup> spielte, entsprechend dem vergleichsweise großen Gewicht der Landwirtschaft in der ČSR, eine zentrale Rolle im politischen Leben der Ersten Republik. Ihr Markenzeichen wurde, nach einer kurzen liberalen Phase, der Agrarprotektionismus, verbunden mit einer Parteinahme gegen Liberalismus und Sozialismus, für eine „organische gesellschaftliche Entwicklung“ und einen ständisch gefärbten Korporatismus. Zumindest unter der Führung Švehlas gingen in den zwanziger Jahren diese prononciert konservativen Positionen mit einer nachdrücklichen Befürwortung der parlamentarischen Demokratie und des pluralistischen Interessenausgleichs durchaus ineins. Wenn in diesem Rahmen, in dem die Partei sich primär an den ökonomischen Interessen der Landwirtschaft bzw. den Belangen der Landbevölkerung generell orientierte, ein ausformuliertes nationalpolitisches Kampfprogramm auch nicht existierte, so war die Tagespolitik doch von einem sozusagen selbstverständlichen Nationalismus imprägniert, der der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der tschechoslowakischen Nation in ihrem Staate hohen Wert beimaß. Hinzu kam, daß die Agrarpartei, insofern sie den Verteidigungsminister stellte – was lange Jahre, in den dreißiger Jahren sogar durchwegs der Fall war –, sich in erster Linie für den sicherheitspolitischen Aspekt der „deutschen Problematik“ zuständig fühlte. Polemik gegen den deutschen Wirtschaftseinfluß war in den zwanziger Jahren vor allem vom rechten Flügel unter Führung Berans zu hören. Andererseits war die Partei aber in die Regierung eingebunden und stellte von 1926 bis 1938 durchgängig die Ministerpräsidenten, konnte sich also der Verantwortung für das gesamtstaatliche Interesse, gerade auch auf dem Feld der Außenpolitik, nicht entziehen.

Unter dem Druck der sich verschärfenden Agrarkrise gab der Reichskongreß vom 7./8. Mai 1929 das Fanal zu einer Radikalisierung und Rechtsorientierung, mit dem Nahziel, den gemäßigten Ministerflügel des Ministerpräsidenten Udřal an die Kette zu legen. Die von Beran dirigierte Parteirechte trat seit 1930 zunehmend in den Vordergrund und ging Bündnisse mit militant konservativen und faschistischen Gruppierungen ein. Gerade diese Entwicklung war allerdings tendenziell geeignet, den nationalistischen Rigorismus zu mildern, da die Agrarpartei nun zur Sudetendeutschen Partei Kontakte knüpfte und Fühler zum nationalsozialistischen Regime auszustrecken begann. Hinzu kam, daß die Industrie, die im allgemeinen Nationalismus höchstens dort guthieß, wo er das ungestörten Funktionieren der Wirtschaft nicht gefährdete, sich seit den späteren

<sup>3</sup> Heumos, Agrarische Interessen, S. 369ff. – Hrabik-Samal, Party organization, S. 392ff.

zwanziger Jahren von der Nationaldemokratie ab- und der Agrarpartei zuwandte. Angesichts der Tatsache, daß deren Vertreter mit der Wirtschaft – auch mit der deutschen – zusammenarbeiteten, handelte es sich bei dem zuzeiten öffentlich entfachten antideutschen Furor zu einem guten Teil um eine Lebenslüge.

Im vorparlamentarischen Raum waren die tschechischen Volkstumsorganisationen angesiedelt, von wo aus sie osmotisch auf Politik und Verwaltung Einfluß nahmen. Der am 17. Juni 1900 in Prag gegründete Tschechische Nationalrat<sup>4</sup>, ein überparteiliches, durch die tschechischen Korporationen und durch Spenden finanziertes Gremium, sah seine Aufgabe in der Herstellung und Festigung der Einheit der tschechischen Nation und der Kooperation aller Schichten und Teile des Volkes, insbesondere der politischen Parteien, in den Fragen des nationalen Gesamtinteresses. Seine Hauptziele waren die Wahrung und Verteidigung der „nationalen Ehre“, die politische, kulturelle und wirtschaftliche Hebung der tschechischen Nation, insbesondere aber die Herstellung der völligen Gleichberechtigung der Tschechen und des Tschechischen in der Verwaltung und im öffentlichen Leben, die Förderung der Selbstverwaltung und der Schutz der tschechischen Minderheiten in den mehrheitlich deutsch besiedelten Gebieten.

Gleichberechtigung, Selbstverwaltung und Minderheitenschutz waren zu Zeiten der Monarchie potentieller Sprengstoff für die „alte Ordnung“ gewesen. Nach dem Umsturz mündete diese Zielsetzung in das Programm einer Durchdringung des Territoriums der Republik durch das Staatsvolk der Tschechoslowaken. Die Organisation erweiterte sich im Zuge dieser Bestrebungen nun um die Slowaken, die schon im Krieg einen eigenen slowakischen Nationalrat gegründet hatten, und änderte ihren Namen in „Tschechoslowakischer Nationalrat“.<sup>5</sup> Dieser hatte wieder und wieder der nun weit verbreiteten Auffassung entgegenzutreten, ein institutioneller Träger des „Volkstumskampfes“ sei mit dem Übergang der Staatsmacht in tschechoslowakische Hände überflüssig geworden. Der Staat als „Volkstumskämpfer“ sei angesichts eines durchaus lebendigen Gegners von beträchtlichem wirtschaftlichem Gewicht nicht hinreichend; nach dem Abschluß der Staatsgründung machten sich – so der Tenor mehrfacher Aufrufe – wieder aggressive Einflüsse der deutschen und ungarischen Minderheit bemerkbar, welche die Existenzberechtigung des Nationalrats unterstrichen.<sup>6</sup> Folgerichtig wurden die Zentral- und die Regionalorganisation weiter ausgebaut. 1925 verfügte der Nationalrat, abgesehen von der Prager Zentrale, über Zweigstellen in Brünn, Preßburg, Troppau und – im Ausland – in Wien und in Chicago. Zehn Arbeitsausschüsse nahmen sich u. a. der Themenbereiche Nationalpolitik, Selbstverwaltung, Volkswirtschaft und nationale Fragen an.<sup>7</sup> Zum Kern der Aktivitäten auf diesen Feldern gehörte die Vermittlung zwischen den Parteien.<sup>8</sup> Nach wie vor finanzierte sich der Nationalrat nicht über

<sup>4</sup> In der Forschung hat der Nationalrat praktisch keine Beachtung gefunden; eine Monographie wäre ein dringendes Desiderat.

<sup>5</sup> BArch-B, 15.01, 25 783, Ausarbeitung, undat.

<sup>6</sup> Vgl. etwa AKPR, Karton 160, D 13 790, Aufruf des Tschechoslowakischen Nationalrates an die Gemeindevorsteher vom 18. 10. 1920. – Im gleichen Tenor in der Folgezeit des öfteren: Vgl. etwa AKPR, Karton 160, D 13 790, Dem Tschechoslowakischen Nationalrat zum 25. Jubiläum am 12. 10. 1925.

<sup>7</sup> Altvaterbote vom 10. 9. 1925.

<sup>8</sup> AKPR, Karton 160, D 13 790, Vorläufiges Programm der Verhandlungen für die Audienz des Tschechoslowakischen Nationalrats am 29. 3. 1920.

Mitgliedsbeiträge, sondern wurde von den Selbstverwaltungs-, Finanz- und Wirtschaftskörperschaften getragen, welche er im Bedarfsfall auch zu außerordentlichen Spenden und Subventionen aufrief.<sup>9</sup>

Die Führungsspitze der Organisation<sup>10</sup> war mit der ersten Garnitur der Politik eng verklammert. Sie war grundsätzlich überparteilich zusammengesetzt; hier fanden sich aber in erster Linie hohe und höchstrangige Persönlichkeiten der Agrarpartei, der Nationaldemokraten, der Volkssozialisten und der Tschechischen Sozialdemokraten; es fehlten die Extreme des politischen Spektrums, Faschisten und Kommunisten. Stellvertreter des Vorsitzenden, des führenden Abgeordneten der Agrarpartei Adolf Prokůpek, waren der Kanzler des Präsidenten der Republik, Přemysl Šámal, der Prager Primator (Oberbürgermeister) Karel Baxa, der Tschechische Sozialdemokrat Antonín Němec und der Abgeordnete der Agrarpartei und spätere Ministerpräsident Milan Hodža. Im Zentralausschuß saßen u. a. von der Agrarpartei František Udržal und Vavro Šrobár, die Nationaldemokraten Karel Kramář, Adolf Stranský und Antonín Hajn, die Volkssozialisten Václav Klofáč und Jiří Stříbrný, die Tschechischen Sozialdemokraten Vlastimil Tusar, František Soukup und František Krejčí sowie der Führer der Slowakischen Volkspartei, Andrej Hlinka. Vertreten waren auch prominente Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft wie Josef Drachovský, Professor für Finanzrecht, Finanz- und „Staatsverrechnungswissenschaften“ an der Prager tschechischen Universität, welcher der volkswirtschaftlichen Sektion des Nationalrates vorsah, der Schriftsteller und nationaldemokratische Senator Alois Jirásek, der Prager Handelskammerpräsident Václav Němec, die Bankiers Antonín Schauer und Vilém Pospíšil, letzterer enger Mitarbeiter Rašíns und späterer Gouverneur der Nationalbank, sowie die Tochter des Präsidenten der Republik, Alice Masaryková.

Zweifellos stellte der Nationalrat in der tschechoslowakischen Politik einen Machtfaktor dar, auch wenn verschiedentliche Behauptungen von deutscher Seite, die Regierung komme seinen Wünschen in jedem Fall bereitwilligst nach und lege bei allen einschneidenden Maßnahmen auf sein Votum großen Wert, zweckgerichtete Übertreibungen gewesen sein dürften.<sup>11</sup> Festzuhalten ist, daß der Nationalrat einen Immediatzugang zu den Schalt- und Schlüsselstellen der Politik und der Wirtschaft besaß – wenn nicht seine Mitglieder selbst ebendiese besetzten. Im Juli und im September 1919 etwa verhandelte er immediat mit Ministerpräsident Tusar und Innenminister Švehla über nationalpolitische Fragen<sup>12</sup>, Prokůpek „instruierte“ am 6. Mai 1920 die neu gewählte Nationalversammlung über die Forderungen des Rates.<sup>13</sup> Am 12. Oktober 1920 rief der Ministerrat alle in Frage kommenden Ministerien zur Unterstützung begründeter Be-

<sup>9</sup> AKPR, Karton 160, D 13 790, Aufruf des Tschechoslowakischen Nationalrats an die Gemeindevorsteher und Vorsteher sonstiger Korporationen vom 18. 10. 1920.

<sup>10</sup> SÚA, NŘČ, P, Karton 134/1, Tschechoslowakischer Nationalrat, Aufstellung über die Besetzung der Leitungsgremien 1918/19. – Größere Änderungen waren bis 1925 nicht eingetreten. Vgl. die Übersicht in: AKPR, Karton 160, D 13 790, Dem Tschechoslowakischen Nationalrat zum 25. Jubiläum am 12. 10. 1925.

<sup>11</sup> Etwa Altvaterbote vom 10. 9. 1925.

<sup>12</sup> SÚA, NŘČ, P, Karton 188/1/113, Ausschnitt aus dem Protokoll des Exekutivausschusses des Nationalrats am 24. 7. 1919. – SÚA, NŘČ-P, Karton 134, Protokoll des Exekutivausschusses des Nationalrats am 22. 12. 1919.

<sup>13</sup> SÚA, NŘČ, P, Karton 134/3/98, Einführung Prokůpeks bei der Beratung des Nationalrats am 6. 5. 1920.

schwerden der tschechischen Minderheiten auf; diese instruierten die nachgeordneten Behörden in diesem Sinne.<sup>14</sup> Im Vorfeld der Gemeindewahlen von 1927 richtete der Nationalrat einen Appell an die tschechische Öffentlichkeit und speziell an die Leitung der zwölf tschechischen und slowakischen Parteien von den Faschisten auf der Rechten bis zu den tschechischen Sozialdemokraten auf der Linken (die Kommunisten waren nicht einbezogen), im nationalen Interesse ein überparteiliches Bündnis aller tschechischen Aktivisten zu schmieden und – wenn möglich – gemeinsame Kandidaten aufzustellen.<sup>15</sup>

Die neun regionalen Volkstumsorganisationen<sup>16</sup> waren im Verband der Volkstumsvereine mit Sitz in Prag unter der Leitung Emil Hrubýs, Senator der Agrarpartei und Obmann des Volkstumsvereins für Nordböhmen, zusammengeschlossen. Der Verband arbeitete eng mit dem Nationalrat zusammen; jeder der Vereine hatte in diesem, im Parlament und in anderen wichtigen Körperschaften seine Vertreter.<sup>17</sup> Auch die regionalen Organisationen betrachteten ihre Existenzberechtigung nach 1918 keineswegs als erloschen, sondern proklamierten, man dürfe nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Der Volkstumsverein für den Böhmerwald etwa strebte den Ausbau seiner Lokal- und Regionalorganisation im Siedlungsgebiet der tschechischen Minderheit an.<sup>18</sup> Nach wie vor, so 1922 „Naše menšiny“, das Organ des Nordböhmisches Volkstumsvereins, sei die Stärkung der tschechischen Minorität gegen die deutsche Bedrohung in einem hartnäckigen Kleinkrieg ein kardinales, entgegen der Auffassung eines großen Teils von Presse und Öffentlichkeit auch nach der Unterzeichnung der Friedensverträge keineswegs obsoletes Anliegen.<sup>19</sup>

Einen repräsentativen Überblick über die Ziele der Volkstumsarbeit vor allem in den national gemischten Gebieten vermittelt der vom Zentralausschuß des Volkstumsvereins für den Böhmerwald im Vorfeld der ersten Parlamentswahlen vorgelegte Katalog. Eingefordert wurden, soweit im Rahmen der Gesetze statthaft, die Selbständigkeit des tschechoslowakischen Volkes und das Recht auf seine kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung; symbolische Forderungen spielten durchwegs eine bedeutende Rolle. Die Konkretisierung dieser Postulate beinhaltete Wünsche zum nationalen Gebiet (Abgrenzung der Gemeinden), zur Schul- und der Sprachenfrage sowie hinsichtlich der Besetzung der Beamtenpositionen in der allgemeinen und der Finanzverwaltung sowie in

<sup>14</sup> AKPR, Karton 40, D 9175, PMR an KPR, 12. 10. 1920.

<sup>15</sup> SÚA, NRC, N, Karton 413/2/236–37, Nationalrat an die Exekutivausschüsse der tsch. Parteien, 20. 6. 1927.

<sup>16</sup> Aus dem Jahr 1925 existiert folgende Aufstellung: 1. Nordböhmen: Národní jednota severočeská (Sitz Prag, 82 000 Mitglieder). – 2. Böhmerwald: Národní jednota pošumavská (Sitz Prag, 54 600 Mitglieder). – 3. Národní jednota für Ost- und Nordmähren (Sitz Olmütz, 36 200 Mitglieder). – 4. Národní jednota für Süd- und Westmähren (Sitz Brünn, 35 000 Mitglieder). – 5. Zentraler Schulverein: Ústřední matice školská (Sitz Prag, 153 000 Mitglieder). – 6. Československá jednota (für die Slowakei) (Sitz Prag, 11 200 Mitglieder). – 7. Schlesien: Národní jednota slezská (Sitz Prag, 11 500 Mitglieder). – 8. Slezská matice osvěty lidové (Sitz Schlesisch-Ostrau, 38 250 Mitglieder). – 9. Matice opavská (Sitz Troppau, 22 800 Mitglieder): Vgl. PA, R 73 826, Deutsches Konsulat Brünn an Gesandtschaft Prag, 21. 9. 1925, mit der Anlage „Altvaterbote“ Hohenstadt, Folge 16/17 vom 10. 9. 1925).

<sup>17</sup> Altvaterbote vom 10. 9. 1925.

<sup>18</sup> SÚA, NRC, P, Karton 150/103, Volkstumsverein für den Böhmerwald, Tätigkeit in den Sektionen und Gruppen, undatiert, aber ca. 1919. – Volkstumsverein für den Böhmerwald, Geschäftsbericht, vorgetragen auf der Jahreshauptversammlung am 12. 5. 1919.

<sup>19</sup> České menšiny, in: NM 2 (1922), Nr. 7, S. 81 f. – NM 2 (1922), Nr. 9, S. 114 f.

der Justiz mit nationalpolitisch zuverlässigen Tschechen.<sup>20</sup> Resolutionen des Nordböhmisches Volkstumsvereins vom 27. März, 31. Juli und 14. August 1921 verlangten die Entfernung aller Schilder und Denkmäler aus der Habsburger Zeit, besondere Fürsorge für die Tschechen in den deutschen Gemeinden und eine Zensur der deutschen Provinzpresse.<sup>21</sup> Derlei Verlautbarungen waren in der Regel gegen den deutschen Kontrahenten zugespitzt: Präambel des Forderungskatalogs der Prager Versammlung der „Volkstumskämpfer“ aus den gemischten Bezirken am 18. Januar 1920 beispielsweise war die Behauptung, die Deutschen ignorierten den in St. Germain anerkannten Charakter der ČSR als Nationalstaat der Tschechoslowaken und fielen zurück in den „alten Übermut“. <sup>22</sup> Gemessen an der österreichischen Zeit sei, so der Volkstumsverein für Südwestmähren im November 1920, eine durchgreifende Verbesserung trotz des Übergangs der Verwaltung in tschechische Hände nicht eingetreten, weil die Deutschen die Gesetze ignorierten und sich umstürzlerisch und hochverräterisch benähmen.<sup>23</sup>

Auch die Volkstumsvereine waren Ansprechpartner von Politik und Verwaltung; schon in den Anfangsjahren der Republik existierte eine Verbindung beider zum Militär, die in den späteren zwanziger Jahren noch enger geknüpft werden sollte. Auf einer Versammlung von Vertretern aller Landeskommandanturen und Leitungen der großen Garnisonen am 23. Juni 1920 im Verteidigungsministerium wurde ein vertraulicher Erlaß verlesen: Die Frage der tschechischen und slowakischen Minderheiten in der Republik sei nach wie vor akut. Da sich jetzt mehr Gelegenheiten zu moralischer und materieller Unterstützung als früher böten, sollten die Garnisonen in den „verdeutschen und verungarten“ Gebieten Mittelpunkte des kulturellen Lebens der Staatsnation werden und, vor allem via Vergabe von Militärlieferungen, die Wirtschaft der Minderheit fördern.<sup>24</sup> Das Innenministerium hatte im April 1920 die Landesverwaltungen angewiesen, mit ihrem ganzen Gewicht den Beschwerden der Tschechen im deutschen und im gemischten Gebiet schleunigst abzuhelpfen.<sup>25</sup> Der nordböhmisches Volkstumsverein betrieb für den 17. August 1921 die Deputationen der gemischten Bezirke zu einer Anhörung nach Prag; hier wurden Innen-, Außen- und Verteidigungsministerium mit einem ganzen Katalog von Beschwerden der tschechischen Minderheiten konfrontiert<sup>26</sup>; das Vereinstreffen am 4. Dezember 1921 geriet zum flammenden Protest gegen einen Ausgleich mit den Deutschen.<sup>27</sup>

Auch die Volkstumsvereine stellten durch ihre Öffentlichkeitsarbeit und ihre stetig den Stein höhlende Interventionstätigkeit einen gewissen moralischen und realen

<sup>20</sup> SÚA, PMR, Karton 253, Zentralausschuß des Volkstumsvereins für den Böhmerwald an PMR, 19. 2. 1920.

<sup>21</sup> NM 1 (1921), Nr. 7, S. 6 f. und Nr. 10, S. 7 f. – SÚA, MPOŽ, Karton 19, 5235/21, MV an MPOŽ, Übersendung der Resolution vom 31. 7. 1921. – Ähnlich die Eingabe ans Innenministerium vom 20. September: Vgl. SÚA, MV-SR, Karton 1487, č. 1, podč. 6, NJS an MV, 20. 9. 1921.

<sup>22</sup> SÚA, PMR, Karton 253, Resolution der vertraulichen Versammlung der Vertreter der tschechischen Minderheiten am 18. 1. 1920, gerichtet an den Ministerpräsidenten.

<sup>23</sup> SÚA, MPOŽ, Karton 349, 44 895/20, Volkstumsverein für Südwestmähren an MPOŽ, 4. 11. 1920, Übersendung einer Entschließung der Hauptversammlung vom 17. 10. 1920.

<sup>24</sup> SÚA, PMR, Karton 253, MNO an PMR, 19. 7. 1920. – Ähnliche Zusicherungen bzw. Rechenschaftsberichte vom Eisenbahnministerium, 24. 7. 1920 und vom MPOŽ, 7. 10. 1920.

<sup>25</sup> SÚA, PMR, Karton 253, MV an die Politischen Landesverwaltungen in Prag, Brünn und Tropaupau, 14. 4. 1920.

<sup>26</sup> SÚA, MV-SR, Karton 1487, č. 1, podč. 6, NJS an MV, 21. 9. 1921.

<sup>27</sup> Český deník vom 7. 12. 1921.

Machtfaktor dar. Das Innenministerium erachtete die Klagen partiell für berechtigt und ordnete Abhilfe an – was umso dringlicher erschien, als der Dachverband der Volkstumsvereine für den April 1922 eine Konferenz der tschechischen Minderheiten der gesamten Republik einberufen hatte und die Ministerialen es zur Beruhigung der Gemüter für geraten hielten, zu diesem Anlaß mit Erfolgen aufwarten zu können.<sup>28</sup> Häufig waren ja die Klagen, das tschechische Volk unterstütze seine Minderheiten materiell und moralisch ungenügend und die Parteien legten nur Lippenbekenntnisse ab, um Proselyten zu machen.<sup>29</sup> Das weitere Schicksal des nordböhmischen Forderungskatalogs wirft jedoch auch ein Schlaglicht auf die Grenzen des Einflusses nationalistischer Heißsporne. Ungeachtet allen Entgegenkommens wurde dieser durch das Prinzip der Legalität und die Erfordernisse eines geregelten Verwaltungsgangs konterkariert. Das Papier wurde zwar den Bezirksbehörden übermittelt, die zu Recherchen vor Ort angehalten waren. Die wirtschaftliche Stärkung der Tschechen sei, so die erste Reaktion der Landesverwaltung in Prag, neben dem Schulwesen das wohl wichtigste Tätigkeitsfeld. Viele Beschwerden, so lautete dann das Fazit, hätten sich als gegenstandslos herausgestellt. Bei den Angehörigen der Minorität handle es sich meist um wirtschaftlich schwache, von deutschen Arbeitgebern abhängige Personen, deren Lebensbedingungen unter den Vorzeichen eines aufgeputzten deutschen Nationalismus nicht erfreulich seien und die sich deswegen an die Behörden mit illusionären, weil auf gesetzlichem Wege nicht realisierbaren Hoffnungen oder gar außerhalb der Kompetenz der Ämter liegenden Forderungen wendeten; Mißerfolge würden dann gerne als unfreundliche Maßnahmen hingestellt.<sup>30</sup>

Der Nationalrat befaßte sich von Anbeginn auch mit Wirtschaftsfragen speziell in nationalpolitischer Perspektive; er besaß hierfür eine eigene Abteilung. Richtlinie war das Grundsatzmemorandum vom 18. Januar 1909 über den „positiven volkswirtschaftlichen tschechischen Patriotismus“.<sup>31</sup> Der Umsturz stellte das Ziel einer Hebung des Lebensniveaus der tschechischen Bevölkerung in einen neuen Kontext: Die Ökonomie sollte nun „im Geist der neuen Machtverhältnisse“ weiterentwickelt werden.<sup>32</sup> Klarheit herrschte über die elementare Tatsache, daß das Standvermögen der tschechischen Minderheiten, ja des Staatsvolkes überhaupt mit in erster Linie von seiner ökonomischen Potenz abhing. Vor allem in den gemischten Gebieten erschienen deshalb der Ausbau der Post-, Straßen- und Bahnverbindungen, die Förderung des Industrieschulwesens und der Forstwirtschaft vonnöten. Von nationalpolitischer Bedeutung waren solch vordergründig neutrale Infrastruktur- und Gewerbeförderungsmaßnahmen, weil sie die Abwanderung von Tschechen verhindern bzw. ihre Ansiedlung in deutschen Gemeinden fördern sollten.<sup>33</sup>

<sup>28</sup> SÚA, MV-SR, Karton 1487, č. 1, podč. 6, Aktenvermerk MV/Abteilung 3 vom 10. 3. 1922.

<sup>29</sup> Kukaň, Český lid. – Ders., Sokolstvo. – Národní obzor 1 (1921), Nr. 13, S. 1–5.

<sup>30</sup> SÚA, MV-SR, Karton 1487, č. 1, podč. 6, Politische Landesverwaltung in Prag an MV, 27. 1. 1922.

<sup>31</sup> Informace odborům Národní rady české, 1909, Nr. 1, S. 2–8.

<sup>32</sup> AKPR, Karton 160, D 13 790, Vorläufiges Programm der Verhandlungen für die Audienz des Tschechoslowakischen Nationalrats am 29. 3. 1920. – Aufruf des Tschechoslowakischen Nationalrates an die Gemeindevorsteher vom 18. 10. 1920.

<sup>33</sup> SÚA, NRC, P, Karton 150/103, Volkstumsverein für den Böhmerwald, Geschäftsbericht, vorgelesen auf der Jahreshauptversammlung am 12. 5. 1919.

Angesichts eines massiven deutschen Übergewichts in der Industrie gerade der gemischten Gebiete forderte der Kongreß der tschechischen Minderheiten am 1. und 2. April 1922 unnachgiebige Härte im Kampf gegen das deutsche Kapital, überhaupt gegen den deutschen Wirtschaftseinfluß.<sup>34</sup> Damit ist das erste Leitmotiv der folgenden Untersuchung genannt. Der Kongreß geißelte aber auch, in Anwesenheit der nationaldemokratischen Führer Kramář und Rašín, das Pharisäertum dieser Partei: Kramář geriere sich als Vorkämpfer gegen die Deutschen, sitze als Unternehmer aber mit ihnen im Kartell der Wäscheproduzenten. Mit dieser unübersichtlichen Verflechtung von nationalpolitischem Antagonismus und pragmatisch motivierter Kooperation auf dem Gebiet der Wirtschaft ist die zweite wesentliche Dimension der Studie bezeichnet.

<sup>34</sup> Večer vom 3. 2. 1922.

A. Tschechen und Deutsche in den  
Wirtschaftsorganisationen der  
Ersten Tschechoslowakischen Republik

# I. Nationale Fraktionierung, Konkurrenz, Kooperation: Das Industrieverbandswesen

## 1. Vorgeschichte, Gründung, Auf- und Ausbau

Die Entstehungsgeschichte des tschechoslowakischen Industrieverbandswesens hängt mit dem Zerfall des Habsburger Staats und der Geburt der Ersten Republik eng zusammen. War in der Zeit der Monarchie die Industrie der böhmischen Länder im „Verband der Industriellen in Prag und Umgebung“, einer dem „Bund österreichischer Industrieller“ angeschlossenen, „supranationalen“ Vereinigung organisiert<sup>1</sup>, so prägten nationale Separierung und eine deutsch-tschechische Doppelung der Organisation zumindest die erste Nachkriegszeit. Ausdifferenzierung neuer Institutionen aus dem Industrieverbandswesen der Monarchie und Ausfällung der nationalen Elemente gingen ineins. Führt dies zu beziehungslos nebeneinander existierenden, komplementären oder gar sich überschneidenden Strukturen?

### *a) Der Zentralverband der tschechoslowakischen Industriellen (Ústřední svaz československých průmyslníků – ÚSČP)*

Ab 1916 und insbesondere im Zeichen des herannahenden Kriegsendes wuchs in der böhmischen und der mährischen Unternehmerschaft das Bewußtsein der Dringlichkeit von Vorbereitungen für eine eigenständige industrielle Interessenvertretung in einem künftigen tschechoslowakischen Staat. Kristallisationskern dieser Bestrebungen war der mährische Industriellenverein. Von dessen drei Fachgruppen war die wichtigste die der Schuhwirtschaft, geleitet von dem „Schuhkönig“ Tomáš Baťa; Sekretär der mährischen Organisation, für deren Aufschwung er maßgeblich verantwortlich zeichnete, war seit 1911 František Hodáč. Als im Juli 1917 die Generalversammlung des Verbandes als wichtigstes Ziel für die nähere Zukunft die Gründung einer zentralen Organisation der Wirtschaft in Böhmen und Mähren proklamierte, hatte Hodáč bereits die Verbindung zu einflußreichen Persönlichkeiten des tschechischen Wirtschaftslebens geknüpft.<sup>2</sup> Am 14. Dezember des gleichen Jahres beratschlagte das Präsidium des mährischen Industriellenvereins über die Anbahnung von Kontakten zur Industrie in Böhmen, wo sich inzwischen, unabhängig von den Entwicklungen in Mähren, ähnliche Bestrebungen gezeigt hatten.<sup>3</sup>

Daß von beiden Seiten diese Fäden gesponnen wurden, hing nicht nur mit der zunehmend konkreter werdenden Perspektive der staatlichen Selbständigkeit zusammen. Ein

<sup>1</sup> Stanovy jednoty průmyslníků v Praze a okolí. Odbor Zentralverbandu rakouských průmyslníků, Prag 1903. (Statuten des Verbandes der Industriellen von Prag und Umgebung, Sektion des Bundes österreichischer Industrieller).

<sup>2</sup> OB 15 (1933), S. 247–250.

<sup>3</sup> OB 15 (1933), S. 248 f.

vorgängiger Anlaß war die Kriegswirtschaft gewesen, in der sich die mährische Industrie durch die Modalitäten der von den Wiener Zentralbehörden gesteuerten Rohstoffzuteilung benachteiligt fühlte. Nicht von ungefähr schloß sich die am meisten in Mitleidenschaft gezogene Fachgruppe der Schuhwirtschaft als erstes mit dem Verein der Schuhfabrikanten für Böhmen, Mähren und Schlesien zusammen.<sup>4</sup> Bis zum Tag des Umsturzes verstand sich die im Entstehen begriffene nationale Organisation in erster Linie als Schutzvereinigung zur Wahrung der eigenen Belange gegenüber Wien. Erst mit der Gründung des tschechoslowakischen Staates trat diese defensive Ausrichtung in den Hintergrund.<sup>5</sup> Die Entwicklung, die, ausgehend von der mährischen Keimzelle, zügig auf ein die ganze spätere tschechoslowakische Republik umspannendes Gebilde zusteuerte,<sup>6</sup> beschleunigte sich im Frühling und Frühsommer des letzten Kriegsjahres. Anfang Mai 1918 leitete Hodáč die Genehmigung der Statuten und die Vorbereitungen für die erste Vollversammlung in die Wege.<sup>7</sup> Die Gründungsversammlung des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Industriellen fand am 18. Juni 1918 statt. Auf ihr waren vorläufig nur die tschechischen Unternehmer vertreten; man warb allerdings sogleich auf dem gesamten Staatsgebiet der späteren Republik für zügigen und massenhaften Beitritt.<sup>8</sup>

War der Aktionsradius des Zentralverbandes anfänglich auch auf Böhmen und Mähren beschränkt – das Verbandsorgan erschien, bezeichnend für die mährischen Wurzeln der Vereinigung, unter der Bezeichnung „Průmyslový věstník“ noch bis Anfang 1919 in Brünn<sup>9</sup> –, so verstand er sich doch von Anfang an als gesamtstaatliche Organisation, der laut Statuten die Wahrung und Förderung der industriellen Interessen oblag.<sup>10</sup> Grundsätzlich stand die Mitgliedschaft deshalb nicht nur tschechischen Unternehmern, sondern auch solchen anderer Nationalität bzw. solchen mit andersnationaler Kapitalbeteiligung offen. Folgerichtig umfaßte der Zentralverband bald auch die slowakische Industrie und zählte, aus anderweitig zu erläuternden Gründen, zudem eine stattliche Reihe „deutsch“ firmierender Unternehmen zu seinen Mitgliedern.<sup>11</sup> Die Vollversammlung vom 10. Mai 1919 trug dieser Entwicklung auch formal Rechnung, da eine Aktualisierung der Statuten den Verband nun ausdrücklich zum Repräsentanten der gesamten tschechoslowakischen Industrie erklärte.<sup>12</sup>

<sup>4</sup> OB 15 (1933), S. 248.

<sup>5</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 10, Rede Malinskýs, Vollversammlung des Zentralverbandes am 10. 5. 1919. – Viškovský, Zentralverband, passim.

<sup>6</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 10, Rede Kovářiks, Gründungsversammlung des Zentralverbandes am 18. 6. 1918.

<sup>7</sup> ANB, ŽB, S VII/i-1-I, Hodáč an Preiss, 8. 5. 1919.

<sup>8</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 24, 0/50/1, Mitteilungsschreiben des Zentralverbandes über die Gründung an die Firmen vom 19. 6. 1918.

<sup>9</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 10, Protokoll der Sitzung des Präsidialausschusses des Zentralverbandes am 18. 9. 1918.

<sup>10</sup> SÚA, NL Hodáč, Karton 263, Statuten des Zentralverbandes (Stanovy ústředního Svazu československých průmyslníků se sídlem v Praze), undatiert.

<sup>11</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 10, Protokoll der Sitzung des Präsidialausschusses am 18. 9. 1918.

<sup>12</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 10, Behandlung der Änderungsfrage auf der Vollversammlung am 10. 5. 1919. – SÚA, ÚSČP, Karton 21, 0/0/1–0/3/1 (1918–1948), Auszug aus dem Protokoll der Generalversammlung des Zentralverbandes am 10. 5. 1919. – Ebenda, Mitteilung Zentralverband an Politische Landesverwaltung vom 3. 11. 1919. – Ebenda, Neue Statuten, undatiert, deutsche Fassung.

Ungeachtet der proklamierten nationalen Offenheit fühlte sich der Zentralverband allerdings dezidiert der „tschechoslowakischen Identität“ der Republik verpflichtet. Aufgabe der Organisation sei es, so Gründungspräsident František Malinský auf der Vollversammlung vom 10. Mai 1919, „nach dreihundert Jahren Knechtschaft“ am Aufbau des Nationalstaates mitzuwirken.<sup>13</sup> Nicht von ungefähr hatte der Nationalausschuß in den Tagen des Umbruchs den Zentralverband als seinen verlängerten Arm mit der Durchführung der Anordnung vom 29. Oktober beauftragt, derzufolge bis auf weiteres alle Betriebe ohne Änderungen weiterzuführen waren.<sup>14</sup> Loyalität zum Staat bedeutete, zumindest in der Praxis, nicht parteipolitische Neutralität: In den Anfangsjahren der Republik waren die Affinitäten des Zentralverbands zur nationaldemokratischen Partei, in der die industriellen Interessen sich am ehesten aufgehoben wußten, eng. Malinský war einige Monate lang nationaldemokratischer Abgeordneter in der Vorläufigen Nationalversammlung.<sup>15</sup> Abgeordnete waren auch Jaroslav Preiss und – ab 1929 – Hodáč. Als Forum für zwanglose Begegnungen und Diskussionen diente der Ende 1920 von der Partei eingerichtete „Industrieklub“.<sup>16</sup>

Der Zentralverband hatte sich nicht von der österreichischen Industrieorganisation „losgesagt“, sondern war von dieser ohne abrupten Bruch abgedriftet. Eine Mitgliedschaft böhmischer und mährischer Unternehmen in der Wiener Organisation war zunächst weiterhin statthaft, wenn sie auch bereits vor dem endgültigen Auseinanderbrechen der Monarchie von der Spitze nicht mehr gerne gesehen wurde. Der Beitritt neugegründeter Unternehmen zum österreichischen Verband galt zumindest als überflüssig, und auch von den Altmitgliedern wurde erwartet, daß sie den Zentralverband als ihre Vertretung betrachteten.<sup>17</sup> Im Oktober 1918 quittierte der Präsidialausschuß die Klagen einer Reihe von Firmen, „Wien“ verlange von den tschechischen Unternehmen hohe Beiträge, ohne entsprechende Leistungen zu erbringen, mit dem Beschluß, man solle sich von nun an mit der Abführung der Beiträge in die alte Hauptstadt nicht mehr sputen und die Gelder zur Disposition des Zentralverbands halten.<sup>18</sup> Ausdruck der Trennung, andererseits aber auch ein Indiz für die fortbestehenden engen Verflech-

<sup>13</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 10, Rede Malinskýs, Vollversammlung des Zentralverbands am 10. 5. 1919.

<sup>14</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 24, 0/50/3, Nationalausschuß an Zentralverband, 30. 10. 1918.

<sup>15</sup> Er gab allerdings – die Gründe waren nicht zu eruieren – sein Mandat bereits vor der Mitte des November 1919 wieder auf, was der Präsidialausschuß mit Bedauern zur Kenntnis nahm: Vgl. SÚA, ÚSČP, Karton 21, Korrespondenz Hodáč 0/2/1, Protokoll der Sitzung des Präsidialausschusses am 17. 11. 1919.

<sup>16</sup> Anlaß der Gründung waren die Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit und die hierdurch verursachten Probleme der Industrie. Vorsitzender war der spätere Handelsminister Ladislav Novák. Vorgesehen war die Veranstaltung von Expertenvorträgen mit Diskussion; in den Räumen des Národní klub sollte ein wöchentlicher Jour fixe eingerichtet werden. Anlässlich wichtiger politischer Entscheidungen erbat der Klub die Teilnahme Hodáčs. Vgl. das „Vorstellungs- und Einladungsschreiben“ des Industrieklubs, undatiert. – SÚA, NL Hodáč, Karton 14, Industrieklub an Hodáč, 14. 12. 1920 und 4. 3. 1921.

<sup>17</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 24, 0/50/2, Protokoll der Sitzung des Präsidialausschusses des Zentralverbands am 18. 9. 1918.

<sup>18</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 24, 0/50/2, Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Präsidialausschusses des Zentralverbands am 18. 10. 1918.

tungen mit der Wirtschaft Österreichs war im Herbst 1918 der Beschluß zur Errichtung einer Geschäftsstelle in Wien.<sup>19</sup>

Das Sozialprofil der Verbandsführung reflektierte den Kampf des tschechischen Volkes um seine wirtschaftliche Emanzipation im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts: Gründungspräsident Malinský und seine Stellvertreter František Kovářík, Hanuš Karlík und Josef Bartoň, sämtlich geboren in den fünfziger oder sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, hatten als Industrielle der ersten Generation den Aufstieg der nationalen Ökonomie der Tschechen miterlebt, wenn nicht gar maßgeblich mitgestaltet. In den leitenden Positionen des Zentralverbandes begegnen, bezeichnend für die in industrie-geschichtlicher Perspektive „junge“ und moderne tschechische Wirtschaft, überwiegend Persönlichkeiten mit technisch-akademischer Fachbildung; neben selbständige Einzelunternehmer treten bereits Manager. Nicht von ungefähr rekrutierte sich die Verbandselite vorzugsweise aus den überwiegend tschechischen Wirtschaftszweigen wie der nahrungsmittel- und der metallverarbeitenden Industrie, daneben auch aus dem tschechischen Bankwesen. Das Führungspersonal hatte bereits unter der Monarchie in exponierter Position vielfältige Erfahrungen in der Verbandspolitik oder in den Handels- und Gewerbekammern sammeln können; daß es auch politisch der tschechischen Emanzipationsbewegung nahestand, überrascht nicht.

Dieses Muster findet sich auch bei den Angehörigen des Präsidialausschusses, bei Eugen Škarda, Jan Roskošný, František Hodáč, J. Prokop, Karel Vogl, Jaroslav Preiss, Rudolf Hotowetz, Jan Samek, Bohuslav Mařík und Rudolf Bárta. Hodáč, gut eine Generation jünger als die übrigen Mitglieder des Präsidiums, von Beruf Dozent der Wirtschaftswissenschaften, hatte keine unternehmerische Praxis vorzuweisen, verfügte durch seine Tätigkeit für die mährische Industriellenvereinigung jedoch über reiche Erfahrung im Verbandsmanagement. Nicht zuletzt deshalb wurde er, obwohl noch nicht einmal 35 Jahre alt, in der Gründungsversammlung zum Generalsekretär gewählt. Im Mai 1919 trug man – anlässlich der Verstärkung des Präsidialausschusses – durch die Zuzahl Theodor Liebiegs und des Generaldirektors der Wittkowitz Werke, Sonnenschein, der Mitgliedschaft auch vieler deutscher bzw. deutsch-jüdischer Unternehmen Rechnung. In Aussicht genommen wurden weitere Kooptationen durch das Präsidium, die der slowakischen Industrie eine angemessene Vertretung sichern sollten.<sup>20</sup>

Von einer Kanzlei aus, die – bezeichnend für den maßgeblichen Einfluß der Živnotenská banka im Zentralverband – zunächst von dieser unterhalten wurde, betrieb Alois Viškovský, früher Sekretär der Handels- und Gewerbekammer in Königgrätz, den Aufbau der Branchenorganisation. Diese für den Zentralverband charakteristische Gründung „von der Spitze abwärts“ war darauf zurückzuführen, daß unmittelbar nach der Gründung des tschechoslowakischen Staates am Regierungssitz eine Organisation zur Wahrung der industriellen Interessen präsent sein mußte. Zum Zeitpunkt der ersten Besprechungen im Vorfeld der Konstituierung des Verbandes hatten in Böhmen und Mähren nur wenige, verstreute Fach- bzw. örtliche Organisationen des Bundes österreichischer Industrieller existiert, etwa für die Zucker-, die Textil- und die Maschinenindu-

<sup>19</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 10, Protokoll der Sitzung des Präsidialausschusses des Zentralverbandes am 18. 9. 1918.

<sup>20</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 10, Vollversammlung des Zentralverbandes am 10. 5. 1919. – Viškovský, Zentralverband, passim.

strie, für das graphische Gewerbe und die Bierbrauerei.<sup>21</sup> Dieser lückenhafte Unterbau wurde nun durch die Errichtung von insgesamt 19 Fachgruppen für alle bedeutenderen Branchen komplettiert. Existierende Fachverbände wie der Verband der Textilindustriellen oder der Maschinenbauer wurden aufgefordert, die Funktion von Fachgruppen zu übernehmen. Wo bisher utraquistische – binationale – Fachorganisationen bestanden hatten, sollten neue, tschechische Verbände gegründet werden, wenn die utraquistische Vereinigung sich ihren Aufgaben nicht gewachsen zeigte oder nicht „unparteiisch“ arbeitete. Verstärkt galt dies dort, wo nur deutsche Vereinigungen existierten. Der Präsidialausschuß einigte sich in der Sitzung vom 18. Oktober 1918 allerdings darauf, daß Funktionen einem utraquistischen Verband anvertraut werden konnten, „insoweit er im tschechischen Geist geführt werde“ – was immer dies konkret bedeuten mochte.<sup>22</sup>

Das Schwergewicht der Verbandsaktivitäten verlagerte sich bald in die Untergliederungen der Fachgruppen, die Sektionen. Anfang 1920 bestanden bereits 77 Sektionen, von denen lediglich 15 schon vor dem Umsturz existiert hatten<sup>23</sup>; Mitte 1921 gab es 105 Sektionen.<sup>24</sup> Einer auf der Generalversammlung von 1922 verabschiedeten Statutenänderung zufolge beinhaltete bereits die Zugehörigkeit zu einer Fachgruppe automatisch die Mitgliedschaft im Zentralverband. War anfangs die direkte Mitgliedschaft dort die Regel gewesen, so wurden die Unternehmen in der Folgezeit mehr und mehr „mediatisiert“.<sup>25</sup> Damit ging eine Verlagerung der Entscheidungsbefugnisse vom Zentralverband in den Zentralausschuß der Delegierten der Fachgruppen und Sektionen einher, der jetzt auch die grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Stellungnahmen des Verbandes erarbeitete.<sup>26</sup> Sitzungen dieses Gremiums fanden im Abstand von ein bis zwei Monaten statt; die Delegierten stimmten auf der Grundlage der Beschlüsse „ihrer“ Generalversammlungen ab.<sup>27</sup>

Wichtige Abteilungen der zentralen Organisation wie das handelspolitische oder das Finanzreferat wurden von „Komitees“, bestehend aus Repräsentanten der Orts- bzw. der Fachgruppen, geleitet. Die hierdurch ermöglichte Einbindung mehrerer hundert Mitglieder in die Verbandsarbeit erweiterte die Partizipationschancen des „rank and file“ nicht unwesentlich.<sup>28</sup> Der direkte Verkehr des Zentralverbands mit seinen Mitgliedsfirmen wurde im Zuge dieser Entwicklung eingeschränkt bzw. auf die nachgeordneten Organisationen verlagert, so daß das Präsidium und der Zentralausschuß der Delegierten sich ungeteilt den Grundsatzfragen widmen konnten.<sup>29</sup> Prinzipiell intervenierte der Zentralverband nur dort, wo die Belange aller involvierten Branchen auf einen

<sup>21</sup> Viškovský, Zentralverband, S. 5f. – Hodáč, Organisationsfragen.

<sup>22</sup> SÚA, ÚSCP, Karton 24, 0/50/2, Protokoll der Sitzung des Präsidialausschusses am 18. 9. 1918 und Auszug aus dem Protokoll der Sitzung am 18. 10. 1918.

<sup>23</sup> Viškovský, Zentralverband, S. 7.

<sup>24</sup> Rede Hodáčs, Vollversammlung des Zentralverbands am 28. 5. 1921, in: OB 3 (1921), S. 344.

<sup>25</sup> Vollversammlung des Zentralverbands am 27. 5. 1922, in: OB 4 (1922), S. 5. – Rede Hodáčs, Vollversammlung des Zentralverbands am 25. 5. 1923, in: OB 5 (1923), S. 357.

<sup>26</sup> Sitzung des Präsidialausschusses am 30. 3. 1920, Protokoll in: OB 2 (1920), S. 188 ff.

<sup>27</sup> Rede Hodáčs, Vollversammlung des Zentralverbands am 25. 5. 1923, Protokoll in: OB 5 (1923), S. 357.

<sup>28</sup> Rede Hodáčs, Vollversammlung des Zentralverbands am 28. 5. 1921, in: OB 3 (1921), S. 348 f.

<sup>29</sup> Bericht über die Vollversammlung des Zentralverbands am 7. 5. 1924, in: OB 6 (1924), S. 196–200.

einheitlichen Nenner zu bringen waren; wo verbandsinterne Differenzen vorlagen, konnten den offiziellen Stellen lediglich die unterschiedlichen Standpunkte vorgetragen werden.<sup>30</sup>

Ungeachtet der Verlagerung von Kompetenzen in den Zentralausschuß der Delegierten blieb der Ausbau der zentralen Exekutive eine wichtige Aufgabe. Schließlich verfügte Anfang 1920 weniger als ein Drittel der Sektionen über ein eigenes Büro; die restlichen ließen ihre Geschäfte durch den Zentralverband besorgen, so daß dessen etwa hundert Angestellte sich durch die Fülle der Aufgaben überfordert sahen.<sup>31</sup> Die zentralen Problemfelder der Wirtschaftspolitik bearbeiteten spezielle Sektionen bzw. Referate. Das handelspolitische Referat der am 22. Januar 1919 gegründeten Exportsektion, die bald über tausend Mitgliedsfirmen zählte, wirkte in den ersten Nachkriegsjahren im Rahmen der staatlichen Außenhandelskontrolle in der Im- und Exportkommission, der Devisenzentrale sowie im Kompensationsamt mit und beteiligte sich an der Ausarbeitung von Handelsverträgen und eines Programms für die Rohstoffeinfuhr. Das Kreditkomitee akquirierte Rohstoffkredite im Ausland; die Arbeitgeberstelle war für sozialpolitische Fragen zuständig, und das Finanzreferat, das seine Tätigkeit im Sommer 1919 aufgenommen hatte, befaßte sich – angesichts der prononciert fiskalistischen Finanzpolitik des tschechoslowakischen Staates eine besonders wichtige Aufgabe – mit der Beratung der Mitgliedsfirmen in Steuerfragen.<sup>32</sup>

Der als vordringlich angesehene Aufbau der Fachorganisation war im Frühjahr 1920 weitgehend abgeschlossen. Diese war anfänglich durch einen ausgesprochenen Zentralismus charakterisiert. Alle Fachvereine hatten ihren Sitz in Prag; eine Ausnahme stellten nur die Vertretungen einiger lokal konzentrierter Branchen dar, etwa die der Malzproduzenten in Brünn oder die der Porzellanindustrie in Karlsbad. Der lokale und regionale Unterbau des Verbandes befand sich zu diesem Zeitpunkt noch im embryonalen Stadium. Anfang 1920 gab es – meist an den Sitzen der Handels- und Gewerbekammern – erst vierzehn Lokalorganisationen, sieben davon in Böhmen, vier in Mähren und drei in der Slowakei; im Mai 1921 existierten 15 Ortsgruppen. Der in der Folgezeit ins Auge gefaßte Aufbau von Gaugruppen sollte sich an die geplante Verwaltungseinteilung in Gaue anlehnen. In den industriellen Zentren waren zudem Ortssektionen geplant.<sup>33</sup>

Mit dem Ausbau der Organisation ging ein schneller Anstieg der Mitgliederzahlen einher. Waren im März 1919 2700 und im November des Jahres knapp 4000 Unternehmen im Zentralverband zusammengeschlossen, so betrug die Zahl Anfang 1920 schon annähernd 5600 und Mitte 1921 fast 6300. In kurzer Zeit, so Viškovský nicht ohne Spitze gegen „Wien“, sei es gelungen, eine Vereinigung von einem Umfang zu schaffen, den zu erreichen man in der Monarchie Jahrzehnte gebraucht habe. Erst 1924 war in der Folge der schweren Wirtschaftskrise ein Abgang von etwa 900 Unternehmen zu verzeichnen. Hier handelte es sich zum einen um Konkursfälle, zum anderen um Firmen, die,

<sup>30</sup> Sitzung des Zentralausschusses der Delegierten der Fachgruppen und Sektionen beim Zentralverband am 4. 5. 1923, Protokoll in: OB 5 (1923), S. 241 ff.

<sup>31</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 10, Rede Bártas, Vollversammlung des Zentralverbands am 13. 3. 1920.

<sup>32</sup> Viškovský, Zentralverband, S. 8.

<sup>33</sup> Rede Viškovskýs, Vollversammlung des Zentralverbands am 13. 3. 1920, in: OB 2 (1920), S. 5. – Ders., Zentralverband, S. 6. – Rede Hodáčs, Vollversammlung des Zentralverbands am 28. 5. 1921, in: OB 3 (1921), S. 344.

mutmaßlich aufgrund ihrer bedrängten finanziellen Lage, über längere Zeit hinweg keine Beiträge bezahlt hatten und aus diesem Grunde ausgeschlossen wurden.<sup>34</sup>

Der Zentralverband als „gesamtsstaatliche Gründung“ im nationaltschechischen Geist provozierte eine deutsche Gegenründung: den Deutschen Hauptverband der Industrie in der Tschechoslowakei.

### *b) Der Deutsche Hauptverband der Industrie (DHI)*

Der Deutsche Hauptverband der Industrie in der Tschechoslowakei wurde am 28. Oktober 1918 „erfunden“.<sup>35</sup> Zwar nahm der Geschäftsführer des Verbandes nordböhmischer Industrieller, Rudolf Fernegg, zusammen mit Theodor Cichorius, dem Präsidenten dieser Vereinigung, vom 27. bis zum 29. Oktober in Wien noch an Besprechungen des österreichischen Industriellenverbandes teil; am Tag des Umsturzes aber verständigten sich Fernegg und Cichorius auf das Projekt einer Zusammenfassung der deutschen Industrie der zukünftigen Tschechoslowakei in einer eigenständigen Organisation. Cichorius, unter anderem auch Vorsitzender des Kriegsverbandes der Baumwollspinner, regte zusätzlich die Gründung eines Baumwollspinnerverbandes an, welcher sich am 4. November 1918 in Reichenberg konstituierte und zur Keimzelle des Allgemeinen Deutschen Textilverbandes wurde.

Läßt sich die Initiative zur Gründung des Hauptverbandes auch in erster Linie durch die letztlich gebieterische Notwendigkeit einer Anpassung der industriellen Organisation an die geänderten politischen Rahmenbedingungen erklären<sup>36</sup>, so fällt doch die erhebliche Verzögerung des eigentlichen Gründungsakts – mehr als ein Jahr nach der Entstehung des Staates und fast eineinhalb Jahre nach der des Zentralverbandes – ins Auge. Zwar wurde von „führenden industriellen Kreisen“ schon im Februar 1919 auf einer Zusammenkunft in Teplitz-Schönau die Einrichtung einer „Zentralkanzlei“ für die deutsch besiedelten industriellen Regionen der Tschechoslowakei beschlossen<sup>37</sup>, aber erst nach sieben Sitzungen eines „Vorbereitenden Ausschusses“ und vier Delegiertentreffen berief man für den 19. November 1919 die konstituierende Vollversammlung ein.<sup>38</sup> Angesichts der für die Frühgeschichte des Verbandes bedauerlich dürftigen Quellenlage – Protokolle der vorbereitenden Sitzungen etwa sind nicht aufzufinden – lassen sich über die Hintergründe lediglich Mutmaßungen anstellen. Die ersten Monate des Zuwartens dürfen auf das Konto der fluiden politischen Lage gebucht werden: Gemeint ist damit die Initiative zur Errichtung eines selbständigen oder an das Deutsche Reich bzw. an Deutsch-Österreich angeschlossenen deutschböhmischen Staates. Angesichts

<sup>34</sup> SÚA, ÚSČP, Karton 21, Korrespondenz Hodáč 0/2/1, Protokoll der Sitzung des Präsidialausschusses des Zentralverbandes am 17. 11. 1919. – Rede Malinskýs, Vollversammlung des Zentralverbandes am 13. 3. 1920, in: OB 2 (1920), S. 1. – Viškovský, Zentralverband, S. 6f. – Rede Karlíks, Vollversammlung des Zentralverbandes am 28. 5. 1921, in: OB 3 (1921), S. 343. – Mitteilung auf der Vollversammlung des Zentralverbandes am 7. 5. 1924, in: OB 6 (1924), S. 199.

<sup>35</sup> So die Formulierung in einem Interview Rudolf Ferneggs mit der „Wirtschaft“: „Die Erfindung“ des Deutschen Hauptverbandes der Industrie“, in: WI 20 (1938), S. 3.

<sup>36</sup> So laut Bericht des DHI über das Vereinsjahr 1920, Teplitz-Schönau 1921, S. 3.

<sup>37</sup> Rede Mühlígs, Vollversammlung des DHI am 21. 9. 1929, in: MDHI 10 (1929), S. 763.

<sup>38</sup> Bericht des DHI über das Vereinsjahr 1920, Teplitz-Schönau 1921, S. 13.